

FORUM

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 128 – Februar/März 1991

80 Pfg. – Solidaritätspreis: 2,- DM

Inhalt	
Wirtschaft	Seite 2
Griechenland	Seite 8
ÖTV-Tarifrunde	Seite 11

Ernteignet die Rüstungs-Konzerne

Regierungspolitiker vergießen jetzt Krokodilstränen über die Rüstungsexporte der Vergangenheit. Verschärfung der Exportkontrollen und härtere Bestrafung der „Exporteure des Todes“ sind plötzlich in aller Munde. Tatsache ist aber, daß die Bundesregierung seit Jahren Rüstungsexporte gebildet und aktiv unterstützt hat – ob U-Boot-Pläne nach Südafrika oder Giftgasfabriken nach Libyen. Die deutschen Rüstungsexporte haben unter der Kohlregierung, aber auch schon zu Zeiten der sozialliberalen Koalition großen Aufschwung genommen, so daß die BRD mittlerweile der fünfgrößte Rüstungsexporteur der Welt ist.

Wenn tatsächlich mal einer der Schreibtischhüter überführt wird, wie im Fall Imhausen, so geht es ihm nur wegen Steuerhinterziehung an den Krügen. Hippenstiel-Imhausen bekam trotz Lieferung von Anlagen zum Massenmord nur 5 Jahre Haftstrafe, das Gericht verzichtete auf die Einziehung des Gewinns aus dem Rabta-Geschäft von 70 Mio. DM, die sicher auf Schweizer Bankkonten liegen, und der Staatsanwalt, der scharfer gegen Hippenstiel vorgehen und Revision einlegen wollte,

seits in Spannungsgebiete liefern durfte. Deshalb ist es auch völliger Unsinn, nur die Rüstungsexporte „außerhalb von NATO-Staaten“ verbieten zu wollen, wie dies auch die SPD fordert.

Demokratische Kontrolle

Mit einer Verschärfung der Exportvorschriften, stärkeren Kontrollen, härteren Strafandrohungen und der Aufnahme des Verbot in die Verfassung allein ist es nicht getan. Im Grundgesetz stehen viele schöne Vorschriften, die in

ranziert, daß verschärfte Exportbestimmungen nicht bei Rezession und Auftragsrückgang wieder gelockert werden, wenn die Rüstungslobby nur genügend Druck macht?

Das Hauptproblem liegt in der Kontrolle. Der Präsident des Bundeskriminalamts, Zachert, wies in einem Interview darauf hin, daß schließlich auch Falschdeklarationen vorgenommen werden können. „Darüberhinaus können funktionsfähige Waffensysteme so zergliedert werden, daß jedes Teilstück für sich genommen, unbedenklich ist.“ sagte er. „Produktionsanlagen sind im Kriegswaffenkontrollgesetz nicht erfasst“, doch wenn sie in die Liste der verbotenen Kriegswaffen aufgenommen würden, „dann geht das natürlich extrem tief in die Wirtschaft hinein... Das können schon Beiliftungsanlagen für eine Halle sein.“

So sehen es auch die deutschen Industriellen. Ihr Vorsitzender Weiss ist gegen eine Verschärfung der Exportvorschriften, „wenn wir dahinkommen, daß keine Nähmaschinen mehr exportiert werden dürfen, weil man mit ihnen auch eine Uniform nähen kann“.

Es ist unmöglich, ein Rüstungsexportverbot durch Kontrolle von außen durchzusetzen. Selbst wenn der politische Wille zur Kontrolle vorhanden wäre, was nach den Erfahrungen der Vergangenheit bezweifelt werden darf: Staatsanwälte und Zollbeamte würden immer den technischen Entwicklungen und Tricks der Exporteure hinterherlaufen. Nur in den Betrieben selbst können Produktion und Vertrieb überblickt werden, nur von innen ist eine effektive Kontrolle möglich.

Die Enteignung der Rüstungskonzerne ist deswegen dringend notwendig. Aber dies allein reicht nicht, denn



Staatsbürokraten statt privater Manager bieten auch keine Gewähr für Entscheidungen in unserem Interesse. Die Konzernen müssen demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle unterstellt werden, z.B. durch die Besetzung der Leitungsgremien aus gewählten und abwählbaren Vertretern von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen. Dadurch wäre ein Übergewicht der Arbeitnehmervertreter gegenüber dem Staat sichergestellt.

Umstellung der Produktion bei Arbeitsplatzgarantie

Die Beschäftigten selbst, vom Arbeiter an der Werkbank über den Angestellten im Vertrieb bis zum Techniker und Ingenieur, wissen am besten, was zu welchem Zweck produziert wird und wofür es geleistet werden soll. Schließlich sind schon die bisherigen Enthüllungen oft anonymen Hinweisern von Mitarbeitern der Betriebe zu verdanken, z.B. die Umrüstung von Hubschraubern für Krankentransporte bei MBB in Kampfubschrauber.

Über die Kontrolle von Rüstungsexporten hinaus ist es nötig, die Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umzustellen. Ein entsprechender Plan muß für die gesamte Branche aufgestellt werden, zumal Rüstungskonzernen wie Daimler oft noch andere Produktionszweige haben, die damit verzahnt sind. In einigen Rüstungsbetrieben gibt es schon seit Jahren Arbeitskreise von Beschäftigten und IG Metall, die sich damit befassen und Alternativvorschläge ausgearbeitet haben. Doch dies blieb bisher ohne praktische Konsequenzen. Denn solange die Unternehmer mit Rüstungsproduktion Riesengewinne einfahren können, haben sie daran kein Interesse.

Für die Umstellung auf Zivilproduktion ist daher ebenfalls die Enteignung und die demokratische Kontrolle unabdingbare Voraussetzung. Nur so kann auch gewährleistet werden, daß die Umstellung bei Lohnfortzahlung und ohne Arbeitsplatzverlust vonstatten geht. Oder sollen für unverantwortliches Vorgehen der Unternehmer die Arbeiter büßen müssen? Auch sie würden schließlich lieber gesellschaftlich nützliche Produkte herstellen, und es ist wichtig, daß die Antikriegsbewegung sich nicht zu einer falschen Frontstellung gegen die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie verhalten läßt.

Aus den bisherigen Rüstungsprofiten kann eine solche Umstellung leicht finanziert werden. Der Rüstungshalt muß für die Finanzierung wichtiger öffentlicher Aufgaben wie z.B. den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs eingesetzt werden, was die Nachfrage nach Ziviltugutern absichern könnte. Bus und Bahn statt Rüstungswahn!

Diese Forderungen sollten zu einem zentralen Thema der Antikriegsbewegung, aber auch in SPD und Gewerkschaften gemacht werden.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Berichte, Analysen, Kommentare zum Golfkrieg: u.a. Antikriegsbewegung, US-Politik gegenüber Irak, Israel, Nah-Ost-Konferenz, Haltung der SPD-Führung, Kriegsdienstverweigerung, NATO-Geheimtruppe „Gladio“ – siehe Innenteil.



Kriegsgegner protestieren gegen Rüstungsexporte.
ist mittlerweile versetzt. So funktioniert die bundesdeutsche Klassenjustiz.

Rüstungsexporte in Spannungsgebieten waren schon immer verboten, doch darum scheute sich die Industrie wenig. Die Lieferungen gingen einträchtig über solche NATO-Staaten, die ihrer-

der Praxis nicht eingehalten werden. Zum Beispiel hindert das Gleichbehandlungsgebot von Mann und Frau die Wirtschaft nicht daran, Frauen um 1/3 weniger Lohn zu zahlen. Ein Rüstungsexportverbot in der Verfassung stünde auch nur auf dem Papier. Und wer ge-

Kommentar

Rezession und Krieg

Schon vor der Golfkrise zeigten die Wirtschaftsdaten wichtiger Industrienationen nach unten. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) der 24 in der OECD zusammengeschlossenen Staaten verlangsamte sich bzw. stagnierte 1990: In Europa fiel es von +3,5% im Jahr 1989 auf rund +2,5% im Jahr 1990, in den USA von +3% auf +0,9%. Die Industrieproduktion einer Reihe von Staaten (USA, Britannien, Australien, Kanada, Spanien, Schweden) verzeichnete im zweiten Halbjahr 1990 sogar einen absoluten Rückgang; bei einigen schlug sich das schon in BSP-Minuzwachstum bei Quartalsergebnissen nieder. Britanien befindet sich bereits mitten in der Rezession (offizielle Definition: zwei aufeinanderfolgende Quartale mit BSP-Rückgang); ebenso Kanada und Australien. Die US-Wirtschaft verzeichnete im letzten Quartal 1990 einen Rückgang um real -2,1%, was sich nach Meinung aller Experten im ersten Quartal 1991 fortsetzen oder gar vertiefen wird.

Massive Verschuldung

Der Aufschwung der 80er Jahre war trotz seiner außerordentlichen Länge sehr labil und - besonders in der zweiten Hälfte - vor allem ein Aufschwung auf Pump. Die Staatsverschuldung erreichte weltweit Rekordhöhen. Besonders die USA kurbelten die Weltkonjunktur durch massive Aufrüstungsprogramme und Haushaltsverschuldung an.

Die verstärkte Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt“ durch die westlichen Mächte und Banken trug ebenfalls zur Verlangsamung des Aufschwungs in den Industrienationen bei. Die Preise der 33 wichtigsten Rohstoffe fielen laut Weltbank zwischen 1980-87 um 40%, viele auf ihren niedrigsten Stand seit dem 2. Weltkrieg. Allein die niedrigeren Ölpreise bedeuteten einen wichtigen Wachstumsimpuls für die Industrienationen. Doch die Staaten der „Dritten Welt“ konnten mit entsprechend rückläufigen Exporterlösen kaum ihre Schulden bedienen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre gab es einen Netto-Kapitaltransfer aus der Dritten in die Erste Welt von rund 30 Mrd. Dollar jährlich. Dennoch wuchs ihr Schuldenberg von 755 Mrd. Dollar 1982 auf 1289 Mrd. Dollar 1990.

Am Beginn einer Rezession sind jetzt Staat, Betriebe und Privathaushalte der USA in einem beispiellosen Maß verschuldet. Die Schulden betragen insgesamt 13.000.000.000 (13 Billionen) Dollar, das 2,4fache des BSP (1980 war es noch das 1,7fache.) Die Zinszahlungen der Unternehmen machen mittlerweile 37% ihrer Liquidität aus, was Profite und Investitionen beschniehet. Der Haushalt der US-Regierung für das laufende Steuerjahr 1990/91 weist ein Defizit von 318 Mrd. Dollar aus; sinkende Steuereinnahmen und Rettungsaktionen für marode Sparkassen und Banken haben es auf diesen historischen Höchststand getrieben. Im Haushaltsentwurf 1991/92 ist mit 281 Mrd. Dollar das zweitgrößte Defizit veranschlagt - doch dabei sind die Kosten des Golfkriegs noch nicht berücksichtigt. Die US-Wirtschaftspolitik befindet sich in einem auf kapitalistischer Grundlage unlöslichen Dilemma: Jeder ernsthafte Versuch, durch drastische Sparmaßnahmen das Defizit zu senken, würde die Nachfrage beschniehet und die Rezession vertiefen. Ein anhaltend hohes Defizit treibt die Zinsen in die Höhe, was ebenfalls die Konjunktur abwürgt. Deutliche Zinssenkungen sind aber kaum möglich, weil dann nicht mehr genügend ausländisches Kapital angelockt würde, um das Defizit zu finanzieren.

In den letzten Jahren flossen jährlich rund 100 Mrd. Dollar, vor allem aus der BRD und Japan, in die USA. Aber mittlerweile wachsen die wirtschaftlichen Probleme in Japan, wo für 1991 eine deutliche Abschwächung des Wachstums und ein Auftrieb der Inflationsrate erwartet wird. Und in Deutschland ist durch die Kosten der Einheit ebenfalls ein gewaltiger Kapitalbedarf entstanden. In beiden Staaten steigt daher das Zinsniveau, doch die USA können wegen ihrer Konjunkturfalle nicht mit Zinserhöhungen reagieren. Dollar-Anteilen werden weniger attraktiv, und der Dollarkurs sinkt daher von einem historischen Tiefstand auf den nächsten.

BRD-Wirtschaft

Wenn die USA als nach wie vor größte Wirtschaftsmacht der Welt vollends in die Rezession abgleitet, dann wird dies früher oder später die anderen kapitalistischen Industrienationen mit hinüberziehen. Auch die BRD wird sich diesem Sog nur für kurze Zeit entziehen können. Zwar gab es in Westdeutschland 1990 noch ein BSP-Wachstum von +4,6% - das höchste seit Mitte der 70er Jahre. Doch war dies vor allem auf die enorme Ausblähung der Schulden für Transferleistungen nach Ostdeutschland zurückzuführen, die als Konsumentenausgaben dann wieder die Taschen der westdeutschen Unternehmer füllen. Der ostdeutsche Markt trägt derzeit nur ca. 10% zum gesamten deutschen BSP bei, die westlichen Exportmärkte der Alt-BRD dagegen rund 30%. Für 1991 werden sowohl schrumpfende westliche Märkte wie auch ein schrumpfender Markt in den neuen Bundesländern erwartet. Die deutsche Wirtschaft könnte daher Anfang 1992 ebenfalls von der Rezession erfaßt werden.

Die Frage ist nicht mehr, wann eine Rezession kommt, sondern wie lange sie andauern und wie tief sie sein wird. Zwar gibt es immer noch große wirtschaftliche Reserven in den wichtigsten Industrienationen. Doch der hohe Schuldenstand und das hohe Zinsniveau machen es schwieriger, die Konjunktur durch finanzpolitische Maßnahmen wieder anzukurbeln. Zum ersten Mal wird ein internationaler Krieg zu einem Zeitpunkt geführt, wo die Weltwirtschaft am Rande der Rezession steht. Je länger der Golfkrieg andauert, umso höher werden die Kriegskosten und letztlich auch die Ölpreise steigen. Diese Kombination könnte zu einem dramatischen Verlauf der Rezession führen, d.h. sie erheblich verlagern und vertiefen. Doch auch eine leichte Rezession wird erhebliche Auswirkungen auf den Lebensstandard der Massen in allen Teilen der Welt haben. Die kapitalistische Marktwirtschaft wird uns in den 90ern nicht Wohlstand und Frieden, sondern Krisen und Kriege bescheren.

Aktuelles

Neue Bundesländer 80% mit Kohl unzufrieden

Der Krieg am Golf ist für die Kohl-Regierung eine willkommene Gelegenheit, um von den Problemen in der alten DDR abzulenken. Was wurde da alles versprochen? Keinem würde es schlechter gehen und ein neues „Wirtschaftswunder“ sollte geschaffen werden. Wie sieht es tatsächlich damit aus?

Über die Privatisierung der Betriebe sollte mit dem „Wundermittel“ Marktwirtschaft die Wirtschaft sanfter werden. Dazu wurden die Staatsbetriebe der Ex-DDR (VEBs) in die Treuhandschaft überführt. Diese nun größte Staatsholding der Welt besitzt 7900 ehemals volkseigene Betriebe und einen riesigen Grundbesitz; das Vermögen wird auf insgesamt 200-600 Mrd. DM geschätzt. Dieser Besitz soll nun saniert und dann verkauft werden. Tatsächlich sind aber erst 200 Betriebe bis Ende 1990 privatisiert worden.

Die westlichen Unternehmen zeigen keine große Lust, in der ehemaligen DDR zu investieren. Warum auch. Es ist für sie günstiger, in der alten BRD die Produktion auszuweiten und allenfalls ein neues Vertriebsnetz in den fünf neuen Bundesländern aufzubauen. Sie sind nur am Absatzmarkt Deutschland-Ost interessiert. Dabei ist die Gesamtsituation für westdeutsche Konzerne äußerst günstig. Das Kapital für neue Investitionen wäre allenthalben vorhanden. Aber sie investieren nicht nur nicht in Ost-Deutschland, sondern ziehen sogar noch Arbeitsaufträge aus Ost-Betrieben (auch für Exportproduktion) ab, um sie in den Westen zu verlagern.

Massenarbeitslosigkeit

Die sichtbarsten Auswirkungen davon sind bekannt: Betrieb um Betrieb macht pleite. 1990 schrumpfte das Sozialprodukt in der Ex-DDR um 20%. Trabant und Wartburg stellen die Produktion ein, bei Zeiss-Jena und Robotron drohen Massenentlassungen bzw. haben schon begonnen, um nur einige bekannte Namen zu nennen. Mit offiziell zwei Millionen Arbeitslosen allein auf dem Gebiet der alten DDR rechnen die Unternehmensinstitute bereits bis Ende 1991, tatsächlich werden es drei oder gar vier Millionen sein.

Eine Auswirkung davon ist, der umveränderte hohe Abwanderungsstrom aus der Ex-DDR in die alten Bundesländer. NRW-Arbeitsminister Heilmann rechnet mit 15.000 bis 20.000 pro

Hauch auch Warmwasser- und Heizungskosten extra in Rechnung gestellt. Vermieter dürfen bei Wohnungsgesamtrenten drastischere Mietersteigerungen verlangen als in der alten BRD. Begründung der Bundesregierung: Die DDR-Vermieter hätten keine Rücklagen für die Instandhaltung bilden können.

Für die Bevölkerung in den neuen Bundesländern wird sich damit auf absehbarer Zeit in allen Bereichen das westliche Preisniveau durchsetzen, bei deutlich niedrigeren Löhnen. Diese liegen im Schnitt nach wie vor bei nur ca. 50% des westdeutschen Lohnniveaus.

Segnungen der Marktwirtschaft

In Anbetracht dieser „Segnungen“ der Marktwirtschaft sind die ursprünglichen Illusionen oder gar Begeisterung in den Kohl'schen Vereinigungskurs Wut und Ernüchterung geworden. Mittlerweile sind nach Umfragen über 80% der Bevölkerung mit der Kohl-Regierung unzufrieden oder sehen sich sogar betrogen. Es gab bereits eine Reihe von Kämpfen zur Verteilung von Arbeitsplätzen oder für Lohnhöhungen, wie z.B. den Kampf der Postbeschäftigten für einen Extra-Lohn als Teuerungszulage. 96% stimmten bei der Abstimmung für einen Streik. Dies drückt die Unzufriedenheit und die Kampfbereitschaft unter den ostdeutschen Kollegen aus. Das Ergebnis des Streiks, eine einmalige Sonderzahlung von mindestens 650,- DM (bis zu 900,- DM), gibt den Kolleginnen und Kollegen auch recht. Allerdings wird diese Extrazahlung schnell aufgebraucht sein. Die Aufgabe für dauerhafte Lohnhöhungen und Verteidigung sozialer Errungenschaften zu kämpfen, bleibt weiter bestehen.

Mieterpreissteigerung

Nun werden auch noch die letzten Vermögensgegenstände der DDR auf dem Altar der Marktwirtschaft geopfert: Mietpreise und öffentliche Verkehrsmittel. Die bisher noch subventionierten Verkehrsmittelpreise sollen Schritt um Schritt an Westniveau angeglichen werden, nachdem die Preise für normale Konsumgüter dies längst erreicht, oft sogar überschritten haben. Für die Mieter gilt das Gleiche. Sie werden sich bis Oktober dieses Jahres etwa verdreifachen. Zusätzlich zur Verdopplung der Kaltmiete werden künft-



Nach der Wahl in Hessen

Offensive gegen Bonn

Nach vier Jahren schwarz-gelber Mehrheit wird Hessen nun wieder rot-grün. Walter Wallmann hat einen Denkzettel für die Verweigerung der Arbeitszeitverkürzung für hessische Beamte, Kahlschlag im sozialen Wohnungsbau, Abhöraffaires seines Innenministers, verfehlte Umweltpolitik (Nuklearbetriebe Hanau) usw. bekommen.

Rund 200.000 Stimmen hat die CDU verloren, die FDP 40.000. Aber die SPD ist nicht gerade der strahlende Gewinner dieser Wahl gewesen. Sie hat 120.000 Stimmen gegenüber den Landtagswahlen 1987 eingebüßt, die Grünen 50.000. Die „Partei der Nichtwähler“ hat als einzige zuzugewonnen, und zwar kräftig: fast 10% (Wahlbeteiligung 1987: 80,3%, 1991: 70,8%).

Dies ist nicht einfach auf den Beginn des Golfkrieges zurückzuführen, denn der Rückgang der Wahlbeteiligung in Hessen ist nur die Fortsetzung einer bundesweiten Tendenz. Vielmehr bedeutet das: Immer mehr Menschen sehen durch Wahlen wenig Einflußmöglich-

lichkeiten auf Politik und Gesellschaft, sie fühlen sich durch die Parteien nicht vertreten. Bei der CDU ist dies nicht überraschend, aber der SPD sollte es zu denken geben.

Es gab gute Ansätze im Programm der SPD, z.B. Schaffung von 40.000 Sozialwohnungen bis 1995, 3000 neue Lehrerstellen in den Schulen bis 1996, Kindertagesplätze für jedes Kind. Das Kindergartenprogramm für jedes Kind. Das zitiert geprägt. So sollen die Kindergärtenplätze im Zeitraum von acht Jahren geschaffen werden, und auch die Lehrerstellen sind noch zu wenig, der Zeitraum bis 1996 zu lang.

Dies alles wird mit nicht ausreichenden Finanzspielräumen begründet. Ein Lied, was wir schon länger kennen. Das erzählen uns die Politiker aller Parteien. Die SPD darf so ein Spiel nicht mitspielen. Sie muß konsequent um größere Finanzspielräume, Umverteilung und mehr Mittel aus Bonn kämpfen. Um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wirklich zu vertreten, sind u.a. nötig: drahtische Verbilligung und

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Kindertagesplätze für alle Kinder in den nächsten zwei Jahren (und nicht in den nächsten acht), sofortige Einführung der 35-Stundenwoche im öffentlichen Dienst Hessens. So werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Eigentlich konnten wir mit der gewonnenen Wahl in Hessen jetzt auch die Mehrheit im Bundesrat haben. Doch dies ist dadurch verspielt worden, daß die SPD in Berlin eine Große Koalition mit der CDU eingegangen ist, obwohl dort eine linke Mehrheit aus SPD, Grünen/AL, Bündnis 90 und PDS möglich ist.

Es wird Zeit, daß die SPD sich grundsätzlich jeglicher Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien verweigert und die SPD-geführten Länder und Gemeinden gegen die Bonner Regierungskoalition in die Offensive gehen - auf der Grundlage sozialistischer Politik im Interessen der abhängig Beschäftigten.
Frank Klobes, Kassel
Jungsozialist

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlicher Redakteur: Hans-Cerd Öhlinger.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansarhng 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Bank für Sozialistische Revolutionen, Postgarnier Essen, BIZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Hintergrund

Fragen zum Golfkrieg

Die Kriegstreiber und ihre neue Weltordnung

Am Anfang sollte es um die „Befreiung Kuwaits“ gehen, dann um die „Vernichtung des irakischen Militärpotentials“, mittlerweile um eine „Neuordnung der Region“ bei fortgesetzter Anwesenheit von US-Truppen. Die Kriegsziele werden immer weiter gesteckt, die Bombardements der irakischen Zivilbevölkerung immer brutaler – die Fragwürdigkeit des Krieges immer deutlicher. Doch noch gibt es viele, die den Krieg gewissermaßen als „notwendiges Übel“ betrachten. Auf einige der in Diskussionen auftauchenden Fragen soll im folgenden kurz eingegangen werden.

Produkt des Westens

Nicht die US-Regierung ist der Kriegstreiber, sondern Saddam. Er hat den Krieg am 2. August mit seinem Einmarsch nach Kuwait begonnen.

Saddam ist nicht erst seit dem 2. August ein aggressiver Diktator. Er hat irakische Kunden vergessen lassen und 1980 den Krieg gegen Iran begonnen, der acht Jahre dauerte und einer Million Menschen den Tod brachte – weit mehr als die Einverleibung Kuwaits. Auch damals gab es eine UNO-Resolution, die die irakische Aggression gegen Iran verurteilte. Was geschah daraufhin? Saddam wurde gegen den Iran militärisch vom Westen unterstützt. Alle Regierungen der fünf ständigen Vertreter im UN-Sicherheitsrat (USA, GB, Frankreich, Sowjetunion, China) haben Saddam unterstützt.

Die herrschenden Kreise des Westens haben im Nahen Osten eine Diktatur nach der anderen aufgebaut, um ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen durchzusetzen. Sie haben diese Region – wie auch andere der „Dritten Welt“ – ausgeplündert, die Massen in Armut gestürzt und ein soziales wie politisches Pulverfaß geschaffen. Es war nur eine Frage der Zeit und des Anlasses, wann es explodieren würde. Der 2. August war dieser Anlaß – aber nicht die Ursache. Es wäre genauso unsinnig zu behaupten, das Attentat von Sarajewo auf den österreichischen Thronfolger 1914 wäre die Ursache des Ersten Weltkriegs gewesen.

Wer schwing gestern?

Warum haben die heutigen Demonstranten nicht schon am 2. August demonstriert, als Kuwait überfallen wurde?

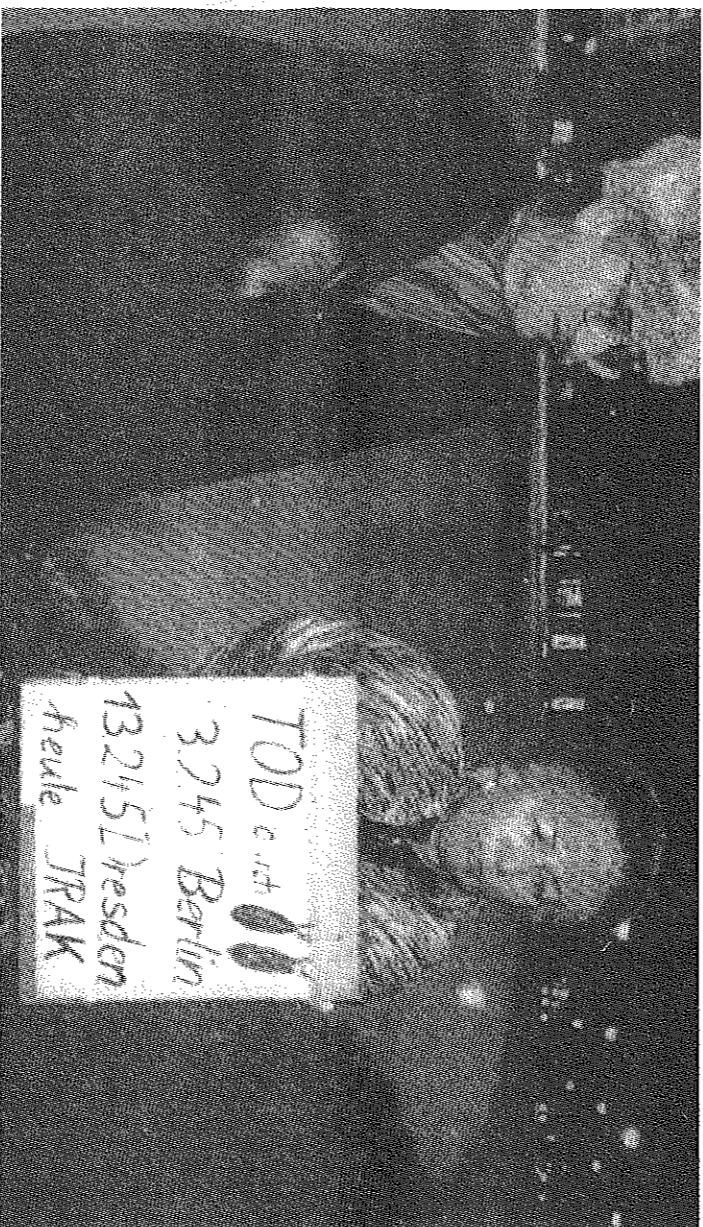
Die heutigen Demonstranten haben nicht nur am 2. August den irakischen Überfall auf Kuwait verurteilt, sondern sich auch schon viel früher gegen Rücktransporte, Aufrüstung (erinnert sei an die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre) und Unterstützung für Dik-

toraturen gewandt. Wo aber standen die Teilnehmer, die Politiker der bürgerlichen Parteien und die Rechten in der SPD, die heute solche Fragen stellen? Deutsche Rücktransporteure haben Saddam und andere Diktatoren beliebert. Irakische Offiziere wurden noch bis Juli 1990 in Kuwait gehalten.

Vergleich mit Hitler

Man kann doch nicht weiterhin zulassen, daß Saddam ein immer schrecklicheres Militärpotential aufbaut und

schle Besetzung der Golanhöhen, des Westjordanlands und Gazastreifens, die US-Einnärsche nach Panama und Grenada, die marokkanische Besetzung der Westsahara, die indonesische Besetzung Ost-Timors... usw.? Es gibt viele völkerrechtswidrige und brutale Besetzungen kleiner Länder und Völker auf der Welt. Doch solange ihre Interessen nicht berührt sind, kümmert dies die Herrschenden des Westens nicht. Ihre angebliche Verteidigung der Rechte Kuwaits ist grenzenlose Heuchelei. Es geht in diesem Krieg um billiges Öl und die ungestörte Ausbeutung der Region.



Kundgebung am 13. Februar in Dresden in Erinnerung an die Bombardierung der Stadt am Ende des 2. Weltkrieges. (Bericht FR 29.1.91)

Die westlichen Regierungen waren gut informiert über den Truppenaufmarsch Saddams an der Grenze zu Kuwait vor dem 2. August. Damals glaubten sie, er diene „nur“ der Einverleibung des Rumaila-Ölfelds und zweier Inseln im persischen Golf. In diesem Fall hätte es kein Geschrei über die „Souveränität“ Kuwaits gegeben.

Wo blieb die öffentliche Empörung der herrschenden Kreise gegen die türkische Besetzung Zyperns, die israeli-

an den Irak genehmigt, die eine direkte Hilfe zur Entwicklung von Atom- und Chemiewaffen sowie Trägerraketen waren.

* In der Schlussphase des Golfkrieges 1988 haben die USA mit Militärberatern für den Irak und der Entsendung von 80 Kriegsschiffen in den Golf zur Sicherung der Handelswege“ direkt auf Seite des Irak eingegriffen.

* Noch im Mai 1990 wurde nicht dagegen vorgegangen, daß eine französische Firma Satellitenphotos von Kuwait und Saudi-Arabien an den Irak liefert.

* Zwei Tage vor dem Einmarsch in Kuwait sagte die US-Botschafterin in Irak zu Saddam: „Seitens der USA gibt es keine spezielle Haltung zu einem innerarabischen Konflikt wie Ihren Grenzstreitigkeiten mit Kuwait.“

Die USA und Irak

Der Antikriegsbewegung wird „Anti-Amerikanismus“ und „Beschwichtigungspolitik“ gegenüber Saddam vorgeworfen. Doch so sah die Politik der US-Regierung gegenüber Irak bis zum 2. August 90 aus:

* Seit 1984 wurde der Irak von den USA mit Geheimdienstinformanten versorgt und von der Liste der „den Terrorismus unterstützenden Länder“ gestrichen.

* 37 Tote bei einem versehentlichen irakischen Angriff auf die amerikanische Fregatte USS Stark waren den USA 1988 kaum einen Protest wert.

* Die Reagan-Regierung verhängte im amerikanischen Kongress Sanktionen gegen Irak, als 1988 der Giftgasmord Saddams an tausenden von Kurden bekannt wurde.

* Von 1985-1990 hat das amerikanische Handelsministerium Exporte

seine Nachbarn bedroht. Bei Hitler hat man ja gesehen, wohin das führt.

Der Westen hat Saddams Militärpotential aufgebaut, dessen Einsatz gegen die Kurden hingenommen, dessen Einsatz gegen den Nachbarn Iran aktiv unterstützt wurde. Andere Diktaturen bekamen und bekommen weiterhin schreckliche Waffen oder sonstige „Zutaten“ geliefert, z.B. Giftgasfabriken nach Libyen, Nukleartechnik nach Brasilien oder Pakistan.

Die anfängliche Duldung der Politik Hitlers hatte ebenfalls nichts mit „Dummheit“ oder „zu großer Friedfertigkeit“ der anderen kapitalistischen Regierungen zu tun. Allerdings gibt es einige Parallelen zur damaligen Situation – jedoch ganz andere, als die Urheber dieses Vergleichs im Sinn haben:

– Saddam wurde als Bollwerk gegen den „islamischen Fundamentalismus“, Hitler als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ betrachtet. Noch am 20. Januar 1927 war Churchill bei einem Besuch in Rom über den italienischen Faschismus begeistert: „Ich bin sicher, wäre ich ein Italiener gewesen, so wäre ich mit ganzem Herzen vom Anfang bis zum Ende mit Ihnen in Ihrem triumphalen Kampf gegen den bestialischen Hunger und die Leidenenschaften des Leninismus gewesen... Hiernach wird keine große Nation mit dem direkten Schutzmittel gegen das Krebsartige Wachstum des Bolschewismus unversorgt bleiben.“

Deswegen wurden z.B. von Britanien die Besetzung des Rheinlands, der Anschluss Österreichs, der Einmarsch in die CSSR hingenommen oder gar unterstützt. Die „Bank of England“ vergab großzügig Kredite an die Nazis, ihr

gen Bolschewismus“.

Der Feldzug Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion wurde von den anderen westlichen Regierungen wohlwollend beobachtet, in der Hoffnung, er möge siegreich sein. Erst als dies mißlang, und die Rote Armee im Gegenangriff halb Europa zu überrollen drohte, wurde die Westfront eröffnet, erst da sahen sie ihre Interessen bedroht. Das Schicksal der kleinen Völker und der Sowjetunion, die faschistischen Verbrechen vorher ließen sie kalt.

– Dieselben deutschen Firmen, die heute Rüstungsgüter in alle Welt liefern (z.B. Daimler, Siemens, Mannesmann, Krupp, Thyssen) haben auch Hitler aufgetrieben. „So rächt sich, daß die Kriegsverbrecher des (Zweiten) Weltkrieges alsbald wieder an die Schalthebel der

wirtschaftlichen Macht zurückkehren dürfen.“ schreibt die „metall“ (Nr. 2/91) zurecht.

– Auch bei der „Befreiung“ Deutschlands wurde darauf verzichtet, Kontakt mit der Opposition zu suchen oder die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Wohnviertel wurden bombardiert, während Industrieanlagen ver-

rück, die Arbeiterorganisationen durften sich dagegen erst Monate später wieder organisieren. Millionen Militärführer wurden „entnazifiziert“, während man die großen Verbrecher laufen ließ und in Staat, Verwaltung und Justiz weiter verwendete.

Wessen neue Ordnung?

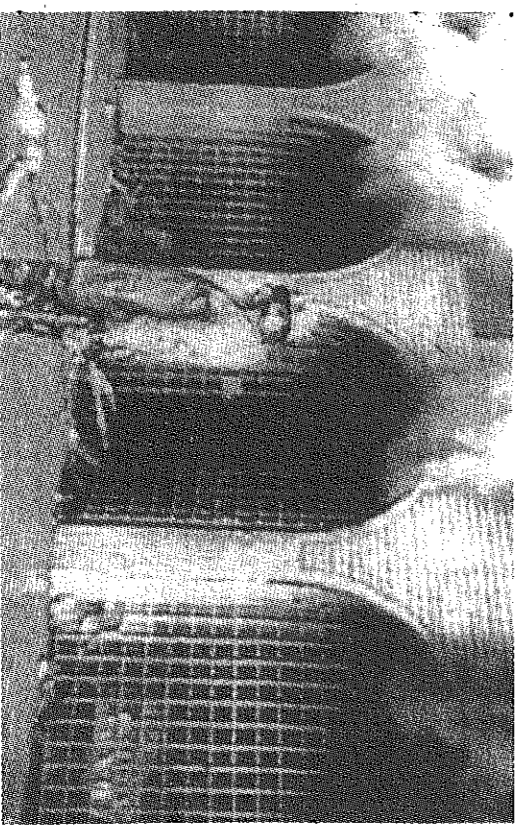
In der Vergangenheit mag es viele Fehler gegeben haben. Aber jetzt, wo der Ost/West-Konflikt zumeist ist, kann es doch eine neue, friedliche Weltordnung unter Führung der UNO als Weltgemeinschaft der Völker geben, von der Bush geteilt hat. Dazu muß von nun an jede erneute Verletzung des Völkerrechts bekämpft werden.

Wie kann es eine neue friedliche Weltordnung geben, solange die bisherigen Herrschenden an der Macht bleiben und ihre Politik die alte ist? Die Politik, Diktaturen im Interesse des Westens zu unterstützen, hat Methode und wird fortgesetzt. Im Nahen Osten hat die blutige Diktatur des Scheich Reza Pahlavi den USA zwei Jahrzehnte vor seinem Sturz 1979 gute Dienste als „Ordnungsmacht“ geleistet. Dann stand Saddam 10 Jahre lang in der Gunst der USA.

Jetzt wird die reaktionäre Ölmonarchie Saudi-Arabiens gestärkt. Das halb-diktatorische Regime Ozals in der Türkei wird als kommende „Ordnungsmacht“ der Region aufgebaut, die USA haben gerade ihre Militärhilfe an die Türkei von 500 Mio. auf 700 Mio. Dollar aufgestockt. Ebenso haben die USA die Militärhilfe für das rechtsextreme Regime in El Salvador soeben wieder aufgenommen.

Wie sieht die „neue Ordnung“ in Panama nach der US-Invation heute aus? Ist Panama jetzt demokratischer als unter Noriega? Hat sich die Situation für die Bevölkerung dort verbessert? Nein. Die Bilanz sind 1.000 Tote, Zehntausende Obdachlose – aber: der Panamakanal ist wieder voll unter US-Kontrolle. 1988 wurden weltweit 1587 Mrd. DM für Rüstung ausgegeben. Seit dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa ist nicht gekürzt, sondern neue Feindbilder sind aufgebaut worden. Bush will das SDI-Projekt wieder aufleben lassen und hat mehr Gelder dafür im Haushalt veranschlagt. Die Rüstungshaushalte vieler Staaten schrumpfen nicht, sondern sind größer denn je. Wie kann es eine friedliche Weltordnung geben, solange 2/3 der Menschheit unter Bedingungen von Armut, Hunger und absoluter Verelendung leben, während die Rüstungsausgaben ins Gigantische wachsen?

In der UNO sind 159 der 166 Staaten auf der Erde zusammenschlossen. In 138 dieser Staaten werden laut Bericht von amnesty international (1989) die Menschenrechte durch Hinrichtungen, Folter, Mißhandlungen, willkürliche



Am 13. Februar bombardierter Zivilschutz bunker in Bagdad: mehrere hundert Tote.

schont blieben. Städte wie Dresden oder Hamburg wurden fast dem Erdboden gleichgemacht – genauso wie jetzt irakische Städte.

– Auch der damalige „Feldzug für die Demokratie“ war keine Prinzipienfrage. Die faschistischen Diktaturen Spaniens und Portugals wurden nicht bekämpft. Unter den westlichen Besatzungsmächten erhielten die Unternehmen ihre Bewannensfreiheit schnell zurück, die Demokraten wurden vertrieben. Die UNO ist keine „Weltgemeinschaft der Völker“, sondern ein Verein von Regierungen, von denen fast jede ihre Leiden im Keller hat. Wie könnte sie eine bessere Weltordnung schaffen? Dies ist nur möglich, wenn in jedem einzelnen Staat die Herrschenden entmachtet werden und die Völker ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Ilf Petersen, KfM, Internozialist

Jugend gegen den Golfkrieg

Antikriegsbewegung

Auf SPD und DGB orientieren

Innerhalb weniger Tage veränderte sich Mitte Januar die Stimmung in der Bevölkerung. Nach den großartigen Demonstrationen um den 16. Januar befindet sich die Antikriegsbewegung jetzt in einer Phase der geduldtigen Aufklärung.

Vor Beginn des Golfkrieges am 16. Januar lernte eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Krieg und das UNO-Ultimatum ab. Diese Ablehnung schlug sich in den ersten zwei bis drei Tagen nach Kriegbeginn in großen Demonstrationen nieder: So kamen am 17. Januar um 13 Uhr 30.000 Menschen zu einer Kundgebung in Köln zusammen. Die Spontaneität vor allem der Schüler wurde von vielen Arbeitern bewundert. Auch für Massenblockaden von Bricken, Straßen und Bahngleisen brachten die Menschen Verständnis auf.

Geduldige Aufklärung

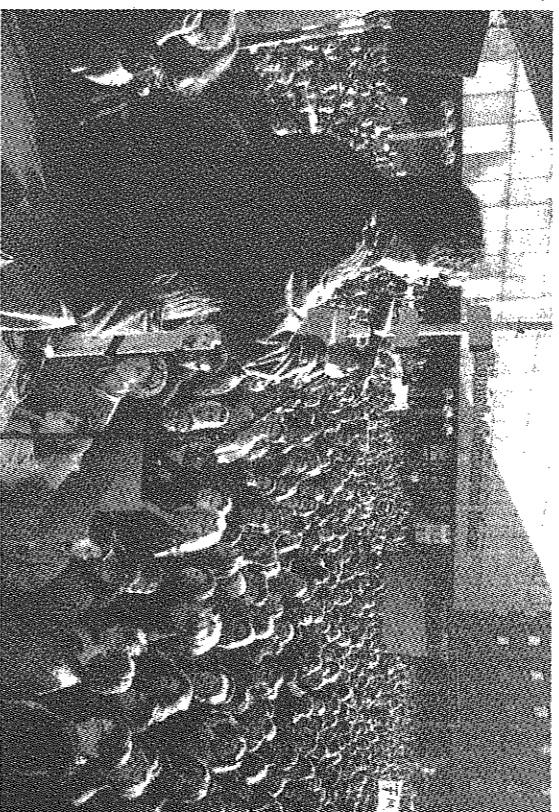
Die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung sah es noch nicht als notwendig an, gegen den Krieg aktiv vorzugehen, weil nicht sichtbar war, daß der Krieg gegen ihre Interessen ist. Die herrschende Klasse und ihre Presse verkaufen den Krieg als sauberen Blitzkrieg gegen einen Diktator, der unser zukünftiges Leben und unsere soziale Sicherheit bedroht. Entgegen den Erwartungen der Kriegsgegner fiel der Ölpreis nach Kriegsbeginn sogar - bestätigte das nicht die wesentlichen Kriegstreiber?

Viele Schüler kritisierten die Bevölkerungsmehrheit und versuchten, sie aufzurufen. Sie sagen zurecht, daß in Anbetracht eines solchen Krieges das Leben nicht einfach weiter gehen könne, als sei nichts geschehen.

Aachen

Tobender Schuldirektor

Die erste Schüleraktion in Aachen gegen den Golfkrieg ging von unserem Gymnasium aus. Mehrere Schüler trafen auf dem Pausenhof zu einem zehnrundigen Warnstreik auf. Zwei Mithiltatoren und Jusos wurden daraufhin vom Direktor angebrüllt: „Hören Sie auf! Hören sie auf! Das ist doch eine Unverschämtheit!“ Er zerrte ihnen das Megaphon aus der Hand und nahm sie mit in sein Büro, wo er sie zehn Minuten festhielt. Indessen streikten die Schüler weiter und riefen: „Laßt die Geiseln frei!“ und „Hoch die Internationale Solidarität!“ Unser Direktor fing an zu schwitzen. Als er auch noch hörte, daß



Anti-Kriegsdemonstration in Köln.

Juso-Bundeskongreß in Potsdam

Wende zum kämpferischen Verband nötig

Vom 8. bis 10. März 1991 findet der nächste ordentliche Juso-Bundeskongreß in Potsdam statt. Das ist das erste bundesweite Treffen nach Ausbruch des Golfkrieges. Selten war ein kämpferischer sozialistischer Jugendverband der SPD so nötig wie heute - in Anbetracht der erbärmlichen Politik der Parteiführung. Doch selten hat der Juso-Bundesverband einen solchen Niedergang erlebt wie im vergangenen Jahr.

Juso-Bundesvorsitzende Susi Möbeck hat offen eingestanden, daß der „Juso-Bundesverband weitgehend handlungsunfähig“ ist (AG-Rundschreiben 9-10/90). Das ist - so wohl politisch wie organisatorisch zu treffend. Die Mehrheitsströmung bei den Jusos, der „Hannoveraner Kreis“ (HK) hat den Ostblock stets relativ unkritisch betrachtet und die dortigen Regimes fälschlicherweise als sozialistisch angesehen. Die Krise des Stalinismus wurde zur politischen Krise der Juso-Führung.

Orientierungslosigkeit

Bis heute gibt es keine Stellungnahme des gesamten Verbandes und zur Entwicklungen in Osteuropa und zur Vereinigung. Vor der Bundestagswahl hat der Juso-Bundesvorstand weder eine eigenständige Wahlkampagne organisiert noch Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke mit Vorschlägen und Material versorgt. In Stuttgart haben wir Juso-Falhhälter aus dem Europa-Wahlkampf von 1989 ausgelegt, um überhaupt etwas vom Bundesverband vorzeigen zu können. Statt im Wahlkampf die eigenen Ideen in der Öffentlichkeit darzustellen und die Unterschiede zwischen SPD und Jusos rüberzubringen, sprach Susi Möbeck davon, daß „unsere Partei mit dem fortschrittlichsten Programm der Nachkriegszeit und dem ausstrahlungsfähigsten Kandidaten antrat“. Sollen wir Jusos nur noch das linke Feigenblatt

winnen, eine Mehrheit, die von sich aus bereit ist, den Alltagsrott zu durchbrechen und den Kriegstreibern in den Chefetagen und in der Regierung wirklich einzunehmen.

Kriegspropaganda

Die bürgerlichen Medien wirken auf das Bewußtsein der Menschen, solange ihre Lügen noch nicht durch eigene Erfahrungen widerlegt sind. Die deutschen Medien entsetzten einige Tage nach Kriegsbeginn ein wahres Trommelfeuer gegen die Kriegsgegner. Zum ersten Mal erleben wir in der Bundes-

republik ungezügelt Kriegspropaganda. Gegen den Krieg zu sein bedeutet zunächst, sich in eine Minderheit zu geben, gegen die scheinbar die gesamte Welt ist.

Wenn der Krieg länger andauert wird, werden sich mit der Zeit immer mehr Zweifel an seinem Sinn breit machen, gerade bei jenen Arbeitern, die den Krieg im Moment unterstützen. Die Antikriegsbewegung kann diesen Prozeß beschleunigen, indem sie jetzt schon den Kontakt zu den Kollegen sucht und mit ihnen die Entwicklungsdiskutiert.

In diesem Zusammenhang spielen SPD und Gewerkschaften eine Schlüsselrolle. Beide Organisationen werden von den meisten Kollegen als ihre Vertreterungen angesehen. Wenn sie den Krieg ohne Wenn und Aber verurteilen und die Hauchel der westlichen Regierungen offenlegen, könnten sie in kurzer Zeit einen erneuten Stimmungswechsel herbeiführen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Bewegung ist es, sich auf die Arbeitnehmerschaft mit ihren wichtigsten Organisationen, SPD und DGB, zu orientieren. Wir müssen dafür kämpfen, daß die SPD-Bundestagsfraktion gegen jede militärische und finanzielle Hilfe und den sofortigen Abzug der in der Türkei stationierten Soldaten eintritt. Ein 1991 darf es für die SPD nie mehr geben! Bruno Hof, Jungsozialist und Sprecher der „Köhler Initiative“ gegen den Golfkrieg“

der SPD sein?

Hinzu kommt die von oben durchgeführte rein formale Vereinigung der Jusos Ost und West im September letzten Jahres. Ohne inhaltliche Diskussion auf allen Ebenen wurden vier Mitglieder der „Jungen Sozialdemokraten“ aus der ehemaligen DDR in den Bundesvorstand gehievt. Dadurch wurde die zweite große Strömung bei den Jusos, die Strömung der weiter rechts stehenden „Reformsozialisten“ (Refos) gestärkt.

Beim Kongreß im März wird ein neuer Vorstand gewählt. Es ist wahrscheinlich, daß die Refos diesmal eine Mehrheit kriegen. Was es ihnen leichter macht, ist die einmalige Regelung, daß die Stimmen der Jusos-Ost 25% zählen, obwohl ihre Mitgliederzahlen nicht mal 10% der West-Jusos ausmachen.

Kampagne gegen den Golfkrieg

Wir müssen uns für eine entschiedene Wende der Jusos hin zu einem kämpferischen, sozialistischen Jugend-

Kassel

Golfdiskussion im Rüstungsbetrieb

Auf der 10.000 Menschen starken Schülerdemo am Tag des Kriegsausbruchs vor dem Werkstor der Firma Wegmann & Co. in Kassel (die im Verdacht steht, an Rüstungsexporten in den Irak beteiligt zu sein) wurde ein Gespräch zwischen dem Vertrauenskörper der Firma und einer Delegation aus Jusos und Schülervertretern vereinbart, das am 21. Januar stattfand.

Wir versuchten, mit den Kollegen darüber ins Gespräch zu kommen, was Belegschaft und Gewerkschaft tun könnten, um den Krieg zu stoppen und die Produktion auf gesellschaftlich sinnvolle Erzeugnisse umzustellen, bei Erhalt aller Arbeitsplätze.

Man fragte uns, warum wir erst jetzt auf die Straße gingen und nicht schon bei der Annexion Kuwaits. Husseins sei ein zweiter Hitler und seine Kriegsmaschinerie eine Bedrohung für den ganzen Nahen Osten. Wir erklärten die geschichtlichen Hintergründe der Region und wiesen darauf hin, daß Kuwait bei einem Wahlrecht für gerade 3,3% (60.000 von 1,8 Mio.) der Bevölkerung nicht gerade als demokratisches Land zu bezeichnen sei, ebensowenig wie Saudi Arabien, Bahrain, Jordanien usw. Wir versuchten klarzustellen, daß durch die Exporte der Rüstungskonzerne gerade auch aus der BRD und anderen kapitalistischen Ländern die Kriegsmaschinerie Husseins aufgebaut wurde und daß die Macht- und Wirtschaftsentressen genau dieser Länder im jetzigen Krieg im Vordergrund stünden. Deshalb unsere Fortsetzung: Stopp

von Waffenexporten, Offenlegung der Auftragsbücher und Kontrolle durch Gewerkschaft und Belegschaft. Der Betriebsrat beschränkt Lieferungen in den Irak und verbotswidrige Exporte. Man bemühe sich, etwas für „Konversion und Zivilproduktion“ zu tun, aber die finanziellen Mittel würden für eine Umstellung nicht zur Verfügung stehen.

Als man uns nach Alternativen fragte, legten wir eine Studie von MBB vor, die vom Betriebsrat und der Gewerkschaft erstellt wurde und wiesens darauf hin, daß gerade die Kollegen mit ihrem Hintergrund- und Fachwissen bessere Vorschläge unterbreiten könnten als wir. Zusätzlich forderten wir von Gewerkschafts- und SPD-Spitze einen bundesweiten Plan zur Umstellung auf Zivilproduktion. „Dazu müssen wir den hohen Herren 'real Druck machen!' Hier stimmten viele Kollegen zu. Wir forderten auch: Keine Steuermark für Rüstung und Krieg, sondern Verbesserungen im Pflege- und Bildungsbereich.

Im Gespräch wurde deutlich, daß die Stimmung im Betrieb schlecht ist. Da es bei der Demo auch vereinzelt „Mörder“ Rufe und in der Nacht darauf einen Brandanschlag auf die Firma gab, nahmen die Arbeiter vor dem Werkstor keine Flugblätter mehr entgegen. Ein Vertrauensmann sagte aber zu, daß unsere Flugblätter die Kollegen erreichen würden.

Michael Eisenberg, Kassel
Jungsozialist und
OTV-Vertrauensmann



Bundeskongreß 1990. Golfkrieg und SPD-Politik müssen im Mittelpunkt der diesjährigen Beratungen stehen.

Golfkrieg

wie sie z.B. Karl Liebknecht mitgeprägt hat, sang- und klanglos untergehen. Viele Untergliederungen haben sich auch bereits zu Wort gemeldet und akktiv an der Anti-Kriegsbewegung beteiligt. Wir müssen jetzt den Druck enorm verstärken und die Parteiführung, die Bezirks- und Landesparteitage mit Anträgen bombardieren. Wir müssen den Protest von der Straße in die Partei tragen. SPD-Sympathisanten sollten gerade jetzt in die Partei eintreten und die

sen Kampf unterstützen. Es kommt auf das Engagement und die Initiative jedes Einzelnen an. Wenn die SPD zusammennimmt mit den Gewerkschaften Mitglieder und Anhänger mobilisiert und zu einer massenhaften Kriegsopposition organisiert, dann kann die Kohl-Regierung ihre Unterstützung der Kriegstreiber nicht mehr lange aufrechterhalten.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

SPD Massiver Druck auf Parteiführung nötig

So manches SPD-Mitglied mag sich in den letzten Wochen ungläubig die Augen gerieben haben. Seitens der Parteiführung in Bonn hörten wir seit Kriegsausbruch zahlreiche zweideutige Stellungnahmen und widersprüchlicher Aussagen, zum Teil auch unverhohlene Unterstützung des Kriegstreiber-Kurses von Bush und Kohl. Nur wenige Spitzengenosse wie Heidi Wiecek-Zeul oder Oskar Lafontaine stellten sich eindeutig gegen den Krieg und verlangten einen bedingungslosen Waffenstillstand.

Mit Anträgen bombardieren

Es gilt also, von der Basis aus den Kampf für einen Schwenk der Partei zu einem klaren Anti-Kriegskurs aufzunehmen und zu verstärken. Kein Mitglied sollte sich demoralisieren lassen und ermutigt austreten. Die SPD gehört nicht der Parteispitze und den Möchtegern-Außenministern der SPD-Fraktion, sondern den Mitglieder. Wir dürfen es nicht zulassen, daß die antimilitaristischen Traditionen der Partei,

Hans-Ulrich Klose stellte sich in einem Artikel in der FAZ voll hinter die „Verbündeten“ und verlangte, daß an der politischen Unterstützung für sie „kein Zweifel aufkommen“ dürfe. Die Rechtsaußen Hermann Rapppe und Helmut Schmidt sind sowieso auf derselben Seite zu finden. Schmidt - Herausgeber der „Zeit“ - rechtlerartige sogar die Militärensour. Und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt ist offenbar auch von allen guten Geistern verlassen. Er sprach sich gegen einen Waffenstillstand ohne vorherigen Rückzug aus Kuwait aus und unterschrieb einen Aufruf zur Solidarität mit den Amerikanern - zusammen mit so honorierten Herren wie NATO-Generalsekretär Wörner, Ex-Verteidigungsminister Scholz, Arbeitsbergspräsident Mummola und anderen Größen aus CDU und Wirtschaft.

Die Waffenlieferungen nach Israel unterstützen die Parteiführung ohnehin - und zwar einmütig. Und die Mehrheit des Parteiparls konnte sich auch nicht zur Forderung nach einem bedingungslosen Waffenstillstand durchringen. Für die Feststellung des NATO-Bündnisfalles wird zwar die Zustimmung einer 2/3-Mehrheit des Parla-

Unsicherheits-Rat

Angeblich führen die USA den Golfkrieg im Sinne und im Auftrag der UNO. Doch seit Kriegsbeginn hat der UN-Sicherheitsrat nichts mehr zu melden. Ihm gehören die fünf ständigen Vertreter USA, Britannien, Frankreich, Sowjetunion und China sowie derzeit Ecuador, Elfenbeinküste, Belgien, Indien, Japan, Kuba, Österreich, Rumänien, Simbabwe und Zaire an.

Druck der USA vor, hinter verschlossenen Türen zu tagen - zum ersten Mal seit 1975 und zum vierten Mal in der Geschichte der UNO. Begründung der USA und anderer Regierungen: Saddam solle „durch kontroverse Diskussionen nicht ermutigt“ werden und keine „falschen Signale“ erhalten.

Der Sicherheitsrat konnte wochenlang nicht einmal über die Krisenführung beraten, weil für die Einberufung einer Sitzung 9 von 15 Stimmen notwendig sind und die Mehrheit der Mitglieder dies blockierte. Erst nach der brutalen Bombardierung des Zivilschutzbunkers in Bagdad am 13. Februar kam diese Mehrheit zustande.

Doch da die Sicherheitsrat-Mitglieder Jemen und Kuba auf Seiten des Irak steuern dürfte Saddam ohnehin genaueste Informationen über den Ablauf der Sitzung erhalten. Wenn die „kontroversen Diskussionen“ tatsächlich voranhalten werden sollen, ist die „Weltgemeinschaft der Völker“, in deren Namen der Krieg angeblich geführt wird. Wer nicht „ermutigt“ werden soll, ist die wachsende Anti-Kriegsopposition in vielen Ländern.

Alternative Lebensform für irakische Kurden

Die Bundesregierung und Außenminister Genscher sind außer sich vor Abscheu über den irakischen Diktator Saddam. Doch wer als irakischer Kurde in der BRD um Asyl nachfragt, hat wenig Chancen auf Anerkennung. In einem Asylverfahren vor dem Berliner Verwaltungsgericht gab das Auswärtige Amt folgende Stellungnahme zur Lage der Kurden im Irak ab:

„Der Botschaft in Bagdad liegen in der gegenwärtigen Situation keine nachprüfbareren Informationen darüber vor, daß Kurden bei der Rückkehr in den Irak allein aufgrund ihrer kurdischen Volkszugehörigkeit politisch verfolgt würden. Das Auswärtige Amt hat auch keine hinreichende Nachweise dafür, daß die irakische Regierung die Kurden ins-

gesamt als Volksgruppe gezielt verfolgt, um sie physisch zu vernichten und ihre Identität systematisch zu zerstören. (...) Schon ein erster optischer Eindruck bei Besuchen in kurdischen Siedlungsgebieten im Norden Iraks widerspricht der Behauptung, daß systematisch die kurdische Identität zerstört wird. (...) Bei aller - auch geheimpolizeilicher - Kontrolle durch die irakische Regierung bestehen in den Kurden-Regionen durchaus noch alternative Lebensmöglichkeiten, in denen die kurdische Identität und Solidarität bewahrt werden.“

Diese Stellungnahme wurde nicht etwa vor dem Giftgasangriff Saddams auf kurdische Dörfer abgegeben, sondern am 8. November 1990.

Der Kriegstreiber muss sofort vorgegangen werden.

SPD und DGB müssen das Recht auf politische Kriegsdienstverweigerung durchsetzen. Wenn Einheiten der Bundeswehr, der US- oder anderer Beatzungstruppen in den Golf geschickt werden, müssen sie von SPD und DGB aufgefordert werden, diesen Befehl kollektiv zu verweigern und diese Befehlsverweigerung organisieren. Dadurch müssen sie volle Rückendeckung der organisierten Arbeiterbewegung erhalten bis hin zu Solidaritätsstreiks. Für amerikanische Soldaten, die ihnen Einsatz am Golf verweigern, muß Asylrecht mit Arbeitsverbot durchgesetzt werden. Es soll nicht zur Desertion aufgerufen werden, weil es kein wirksames Mittel zur Kriegsverhinderung ist. Auch wenn einzelne gehen, bleibt die Kriegsmaschinerie bestehen und läuft weiter. Nur durch die Kontrolle über Waffen und Armee kann ihr Einsatz am Golf verhindert werden. Diesem Krieg keinen Menschen und keine Mank!

Stoppt den Krieg!

Deshalb fordern wir: Sofortigen Waffenstillstand am Golf. Rückzug aller Truppen aus der Kampfzone. Rückzug aller Friedenskonferenz. Eine Nah-Ost-Friedenskonferenz mit Jordan, von der Bundesregierung und dem Bundeslager. Rückzug deutscher Soldaten aus der Bundeslage. Rückzug aller Truppen aus Kuwait. Keine Einsetzung deutscher Besatzer in Kuwait. Keine Einsetzung deutscher Besatzer in Kuwait. Keine Einsetzung deutscher Besatzer in Kuwait. Keine Einsetzung deutscher Besatzer in Kuwait. Keine Einsetzung deutscher Besatzer in Kuwait.

Unterschrift-Aktion der Kölner Jungsozialisten.

Der Golfkrieg hat wahrscheinlich schon hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet, und zehntausende werden noch zu Tode kommen. Deutschland ist ein Beispiel für die Bevölkerungsmehrheit, die den Kriegstreibern die Hände gefesselt hat. Keine deutsche Soldaten in die Krisenregionen. Keine deutsche Soldaten in die Krisenregionen. Keine deutsche Soldaten in die Krisenregionen. Keine deutsche Soldaten in die Krisenregionen. Keine deutsche Soldaten in die Krisenregionen.

Name	Adresse	Bildung	Funktion	Unterschrift

Teilzustimmung

Die Sitzung des SPD-Parteiparls von Anfang Februar hat zwar eine Beschluslage ergeben; aber auch die enthält alles andere als eine klare Aussage gegen den Krieg. Zwar wird der Rückzug der deutschen Einheiten aus der Türkei gefordert und die Bereitstellung an der Finanzierung des Krieges abgelehnt. Doch dies bedeutet nicht, daß damit das Abstimmungsverhalten im Bundestag festgelegt ist. Hilfe für die „Frontstaaten“ Ägypten und Jordanien wird bekräftigt, und man will im Einzelfall über die Finanzvorhaben der Bundesregierung entscheiden. Das könnte auf

Unser Anti-Kriegsprogramm:

- * NATO- und UNO-Truppen raus aus dem Golf
- * Bundeswehr raus aus der Türkei. Kein Einsatz der Bundeswehr in diesem Krieg.
- * Sofortige Enteignung aller Rüstungskonzerne und Umstellung auf zivile Produktion unter Kontrolle der Belegschaften und Gewerkschaften bei voller Arbeitsplatzgarantie.
- * Sofortige Enteignung aller Ölkonzerne und Kriegsgewinnler.
- * Die Anti-Kriegsbewegung zeigt, daß die Kriegspraganda in den Medien nicht die öffentliche Meinung ist. Deshalb Schluß mit Zensur und psychologischer Kriegsvorbereitung. In den Medien und Durchsetzung demokratischer Kontrolle über sie.
- * Schluß mit Wirtschaftssanktionen gegen das irakische Volk. Der Sturz von Saddam Hussein darf nicht zur Sache des Imperialismus werden, weil das nur eine neue von den USA gestützte Diktatur bedeuten würde - wie früher in Kuwait und heute in Saudi-Arabien.
- * Für den Sturz des Hussein-Regimes und aller anderen Diktaturen im

- arabischen Raum durch die eigenen Völker.
- * Schluß mit der Ausbeutung des Nahen Ostens durch die Multis und Öl-schicht. Für eine Föderation demokratischer und sozialistischer Staaten des Nahen Ostens, die die Rechte aller Völker (einschließlich Kurden, Palästinenser und Israelis) garantiert.
- * Die SPD-Bundestagsfraktion muß die parlamentarische Vertretung der Anti-Kriegsbewegung sein. Der Bundestag muß von ihr als Tribune für Anti-Kriegspraganda genutzt werden. Jeder politischen und finanziellen Maßnahme, jedem Argument der Kohl-Regierung für Kriegsunterstützung und -beteiligung muß entgegengetreten werden. Die SPD-Fraktion muß ihren Beschluß, die UNO-Resolutionen zu unterstützen, rückgängig machen. Ferner soll sie ihre Zustimmung über den Verbleib der in der Türkei stationierten Alpha-Jets zurücknehmen. Es darf in der Gesamtlinie der SPD keinen weiteren 2. August 1914 (Tag der Zustimmung zu den Kriegskrediten) geben.
- * SPD-regierte Länder, Städte und Gemeinden müssen jede von Bundes-
- regierung, Bundeswehr oder US-Armee geforderte kriegsunterstützende Maßnahme öffentlich bekannt machen und ihre Durchführung ablehnen.
- * Nur durch Massenaaktionen - nicht durch individuelle Aktionen - kann der Krieg verhindert werden. SPD und DGB müssen ihr gesamtes Machtpotential in die Anti-Kriegsbewegung einbringen und ihr Rückgrat bilden.
- * In allen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, auf allen Ebenen der Gewerkschaften und Partei müssen Versammlungen organisiert werden. Hier müssen die Mitglieder und Kollegen über die Heuschrecke der UNO und der bürokratischen Propaganda aufgeklärt und für die Anti-Kriegsbewegung mobilisiert werden. Bei diesen Versammlungen sollen türkische Kollegen über die Bewegung und den Generalstreik in ihrem Heimatland berichten.
- * Die Gewerkschaften im Transportbereich und im öffentlichen Dienst einschließlich des Zivilberufs werden, jede Truppenbewegung und logistische Unterstützung für den

Nahost

Israel/Palästina

Imperialistische Politik des „Teile und Herrsche“

Israel ist in den letzten Wochen zu einem Propaganda-Faktor in der Innenpolitik der BRD geworden. Die Antikriegsbewegung wird als anti-semitisch diffamiert. Entgegen der bisherigen offiziellen Linie, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, schickte die Bundesregierung in Windeseile Waffen für mehr als 1 Mrd. DM nach Israel. Die Waffenlieferungen, insbesondere die Patriot-Raketen, werden als eine Art humanitäre Hilfe dargestellt. Wer sollte gegen so viel Menschenfreundlichkeit etwas sagen? Wie schon in der Vergangenheit, so spielt Israel auch in diesem imperialistischen Krieg zur Beherrschung des Nahen Ostens eine besondere Rolle. Der heutige Israel/Palästina-Konflikt ist Folge früherer imperialistischer Einmischung.

Bis zum ersten Weltkrieg lebten Araber und etwa tausend Juden in Palästina ohne größere Konflikte zusammen. Der Ruf der zionistischen Bewegung an die Juden in aller Welt, ins „gelobte Land“ nach Palästina zurückzukehren, blieb jahrzehntelang ohne Wirkung. Die Lage änderte sich mit dem Sieg Hitlers und der Judenverfolgung. In den 30er Jahren setzte erstmalig eine größere Wanderungsbewegung der Juden nach Palästina ein. Der zweite Weltkrieg und die Vernichtung von sechs Millionen Juden verstärkte die Fluchtbewegung Richtung Palästina. Seit Ende des ersten Weltkriegs hatte der britische Imperialismus die Man-

die israelische Bourgeoisie hätten sie nicht finden können. Isoliert im arabischen Raum, ohne amerikanische Hilfe nicht lebensfähig (zumindest nicht, so lange 30-40% des Nationalinkommens für militärische Ausrüstung ausgegeben werden), besteht keine Gefahr der militärischen Rebellion gegen den US-Imperialismus, wie Saddam es zur Zeit probt.

Für den Staatshalter im Nahen Osten mobilisierte der Imperialismus Milliardenbeträge. So erhält Israel jährlich die weltweit höchsten Unterstützungszahlungen der USA, allein für Militärausgaben rund 1,6 Milliarden Dollar. Aus der BRD flossen Wiedergutmachungs-

dient haben. Dank dieser massiven Unterstützung ist Israel wirtschaftlich, technologisch und militärisch relativ hoch entwickelt und seinen Nachbarstaaten überlegen.

Heuchelei

Im Golfkrieg soll es angeblich darum gehen, für Demokratie und gegen Gewalt, gegen Besetzung und Annexion fremder Länder vorzugehen, und vor allem die Resolutionen der UNO durchzusetzen. Doch Israel hält trotz etlicher UNO-Resolutionen seit 1967 die Westbank und den Gazastreifen besetzt (siehe Kasernen). Demokratische Rechte haben die Palästinenser in den besetzten Gebieten nicht. Wer gegen die Besetzung protestiert, kann deportiert und sein Haus in die Luft gesprengt werden.

In den letzten drei Jahren der Intifada sind mehr als 1000 meist jugendliche Palästinenser von israelischen Sicherheitskräften erschossen worden, 40000 wurden verhaftet, etwa 800 Häuser von der Armee zerstört. Fortlaufend wird Land für die jüdischen Siedler beschlagnahmt. Zehntausenden Palästinensern bleibt nichts anderes übrig, als täglich nach Israel zu reisen, um die dreckigste und am schlechtesten bezahlte Arbeit zu verrichten, ohne soziale Rechte oder gewerkschaftlichen Schutz.

Vor kurzem hat Ministerpräsident Shamir sogar den rechtsradikalen Abgeordneten Se'vi in sein Kabinett aufgenommen, der offen für die totale Vertreibung des Palästinensers aus den besetzten Gebieten eintritt. Selbst der Likud-Abgeordnete und Sohn des früheren Ministerpräsidenten Begin bezeichnete dies als Akt der „politischen Umwelverstrickung“, und ein Abgeordneter der israelischen Bürgerrechtspartei meinte: „Mit Se'vi auf der Regierungsbank beginnt in Israel, was sich in Sidafrika seinem Ende nähert. Jetzt brauchen wir die Gaarnaske nicht nur zum Schutz gegen Saddams Hussein Giftgasdrohungen, sondern auch

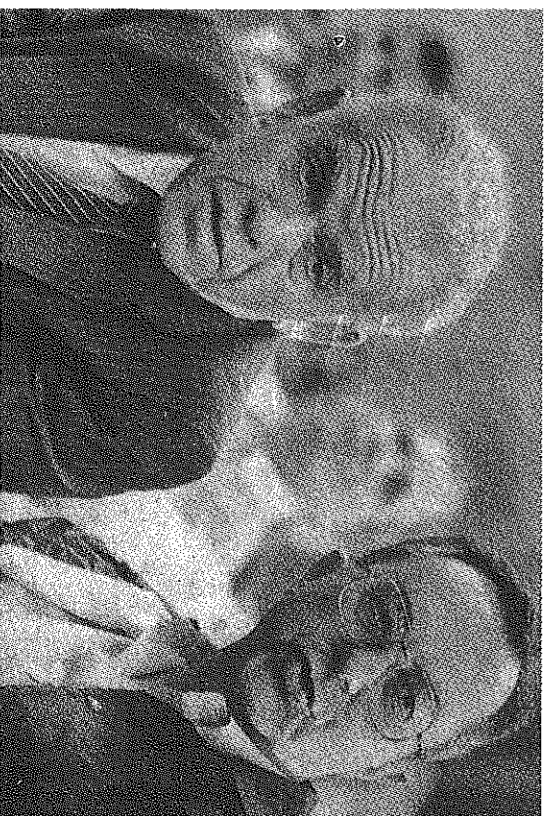


Massendemonstration in Tel Aviv gegen das politische System im April 1990: Die „Festung Israel“ zeigte Risse.

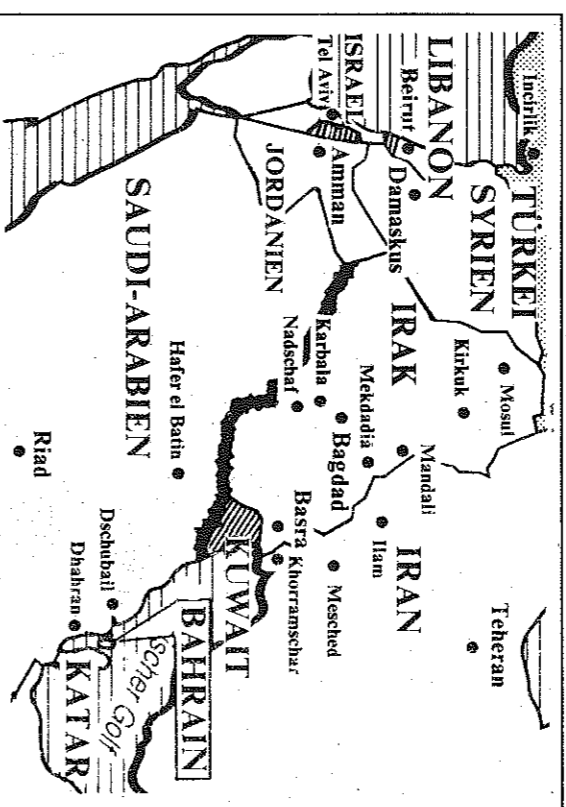
datscheit über Palästina. Sie standen der Einwanderungswelle anfangs ablehnend gegenüber. Doch dies änderte sich mit dem Aufbegehren der Araber gegen fremde Beherrschung, mit dem Wiederwachsen des arabischen Nationalbewußtseins und ihrem Kampf für Unabhängigkeit. Im Zuge der imperialistischen „Teile und Herrsche“-Politik sollten die jüdischen Einwanderer gegen die arabische Mehrheit eingesetzt werden.

Imperialistischer Brückenkopf

Geschah die Vertreibung der palästinensischen Bauern zuerst schleichend durch Landkauf – meist mit Billigung arabischer Großgrundbesitzer – so änderte sich die Lage mit der Gründung des israelischen Staates 1948. Das Ergebnis des mit imperialistischer Hilfe erzielten israelischen Sieges im ersten arabisch-israelischen Krieg 1948/49 war die Vertreibung von mehr als 900.000 Palästinensern auf einen Schlag. Die massive Unterstützung Israels durch die imperialistischen Staaten bis zum heutigen Tag geschieht natürlich nicht aus Liebe für das jüdische Volk. Vielmehr wurde ein Bollwerk gegen die aufwachsende arabische Nation gebraucht, und ein zuverlässigeres als



Ministerpräsident Shamir (links): Gegen die unfröhliche Politik der Herrschenden Israels helfen keine Patriot-Raketen.



gegen den vom Kabinettsstisch wehenden rassistischen Gestank.“

Die Politik der israelischen herrschenden Klasse gegenüber den Palästinensern kann nur als eine Art zionistischer Fundamentalismus bezeichnet werden. Ihre relative Stabilität und Vornachstellung im Nahen Osten verdankt sie aber nicht nur der imperialistischen Unterstützung, sondern zum großen Teil auch der falschen Politik verschiedener arabischer Regimes sowie der PLO-Führung.

Falsche PLO-Politik

Die wiederholte Drohung, Israel zu vernichten oder die „Juden ins Meer zu werfen“ hat es der israelischen Bourgeoisie ermöglicht, in der Bevölkerung die Mentalität einer belagerten Festung zu schaffen und die israelische Arbeiterklasse an sich zu binden. Die Guerilla-Taktik der PLO und die terroristischen Anschläge haben 20 Jahre lang nicht die Bourgeoisie, dafür aber umso mehr die israelischen Arbeiter verunsichert. Das ist die PLO-Führung auf so reaktionä-

re Regimes wie Saudi-Arabien und Kuwait stütze und sich vor ihnen finanziellen ließ, erweckte auch nicht gerade das Vertrauen der israelischen Arbeiter.

Die Arbeiter hatten und haben auch heute noch mehr Angst vor der PLO als vor der eigenen Ausbeuterklasse. Allerdings leistete dabei die Führung der Arbeiterorganisationen in Israel, der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftsdachverbandes Histadrut, aktive Hilfe. Die israelische Arbeiterpartei ist eine der reichsten der Welt und befand sich z.B. bis vor kurzem in einer Großen Koalition mit dem reaktionär-konservativen Likud-Block. Histadrut ist selbst einer der größten Arbeitgeber im Land.

Wachsende Unruhe

In den letzten 10-15 Jahren zeigten sich aber auch in der „Festung Israel“ Risse und gesellschaftliche Polarisierung zwischen den Klassen. Dazu trug zum einen die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und der sinkende

Waffen nach Israel?

Dieselben Politiker der Regierungsparteien wie auch der SPD-Rechten, die heute Waffen nach Israel liefern wollen, hatten vor nicht allzu langer Zeit wenig Skrupel, gegenrische arabische Regimes militärisch auszustatten.

1988 wollte Jordanien acht Tornado-Kampfflugzeuge bestellen. Der Bundesicherheitstrat, dem Kanzler und Außenminister angehören, gab diesem Geschäft im Juni '88 nicht nur seinen Segen, sondern wollte auch öffentliche Kredite und Bürgerschaften zur finanziellen Absicherung vermitteln. Erst durch Presseveröffentlichungen wurde der diskrete Deal verhindert.

Zu Zeiten der Schmidt-Regierung sollte der Verkauf von „Leopard 2“ Kampfpanzern an Saudi-Arabien abgewickelt werden. Durch Aufmucken der SPD-Linken in der Bundestagsfraktion platzte dieses Geschäft. Der heutige Bundeswirtschaftsminister Müllemann damals: „Leo muß man auf arabisch von rechts nach links lesen – Oe!“

Heute beklagen diese Politiker vorwiegend die Bedrohung Israels und versuchen auf schamlose Weise, die Schuldgefühle vieler auszunutzen, um Deutschland in den Krieg zu verwickeln und Waffenexporte in

Krisengebiete salonfähig zu machen. Gleichzeitig gehen jetzt im Golfkrieg die militärischen und finanziellen Unterstützungslieferungen an die israel-feindlichen arabischen Regimes (z.B. Syrien) weiter.

Wodurch wird die israelische Bevölkerung bedroht? Vor allem durch die Waffenexporte aus westlicher Rüstungsproduktion an die arabischen Diktatoren, durch die Kriegskalibration der USA und der „Alliierten“ und durch die Politik der israelischen Regierung selbst.

Da werden einfach die berechtigten Interessen der Juden an einer friedlichen Existenz mit der Politik der israelischen herrschenden Klasse und ihres Staates gleichgesetzt. Doch gerade die Politik des US-Klientenstaats Israel gegenüber den Palästinensern hat die Konflikte enorm verschärft. Und dagegen helfen keine Patriot-Abwehrraketen, sondern nur ein gemeinsamer Kampf der israelischen und arabischen Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Interessen und ein friedliches Zusammenleben. Statt den Waffenlieferungen an Israel zuzustimmen, sollte die SPD-Führung lieber die Initiativ und die demokratisch-sozialistische Opposition Israels unterstützen.

Golfkrieg

Lebensstandard bei, zum anderen aber auch zunehmende Kritik an der Haltung Israels gegenüber den Palästinensern und den arabischen Nachbarn. Die Wirtschafts- und Außenpolitik sind ständige Konfliktpunkte der wechselseitigen Koalitionsregierungen gewesen, die in immer kürzeren Abständen zu Destabilisierung und Regierungskrisen führten.

In den arabisch-israelischen Kriegen von 1967 und 1973 stand noch nahezu die gesamte Bevölkerung hinter der Arme und der aggressiven Eroberungspolitik. Während des Libanon-Feldzugs von 1982 zur Vernichtung der PLO änderte sich die Stimmung. Das Massaker an über 2.000 Menschen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila, verübt von der rechtsgerichteten christlichen Miliz im Libanon unter dem Schutz der israelischen Armee, löste einen Schock in Israel aus. Auch die eigenen Verluste führte zu

steigendem Unmut. Zum ersten Mal gab es Kriegsdienstverweigerungen israelischer Soldaten bis hin zu Offiziersrängen. Eine massive Friedensbewegung entstand in Israel, die mit Demonstrationen von 300.000 bis 400.000 Menschen die bisher größten Protestkundgebungen des Landes organisierte und die israelische Bourgeoisie zum Rückzug aus Libanon zwang.

Arbeitereinheit nötig

Auch der Intifada-Aufstand erzeugte in Teilen der israelischen Bevölkerung Respekt und Sympathie. Die Besatzungspolitik der Regierung geriet zunehmend ins innenpolitische Kreuzfeuer der Kritik, die sich auch zu einer Kritik am gesamten politischen System ausweitete. 500.000 Israelis unterzeichneten eine Petition zur Änderung des Wahlrechts, und 120.000 demonstrierten im April 1990 in Tel Aviv. Durch den Ausbruch der Golfkrisis

ist diese Entwicklung vorläufig wieder abgeschnitten worden. Die unkritische Unterstützung der PLO-Führung für Saddams Propaganda, Israel zu verurteilen, hat die Gräben zwischen Juden und Palästinensern wieder weiter aufgerissen - zur Freude der israelischen Herrschenden. Die Bedrohung der israelischen Arbeiter durch irakische Scud-Raketen wird von den imperialistischen Staaten dazu genutzt, die Spaltung zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern zu vertiefen und die Stellung der israelischen Bourgeoisie zu verstärken.

Die Palästinenser werden die bittere Erfahrung machen müssen, daß der Diktator Saddam Hussein ebensowenig wie andere arabische Führer in der Vergangenheit ein Interesse daran hat, für sie demokratische Rechte zu erkämpfen - zumal er solche Rechte in seinem eigenen Land brutal unterdrückt. Sozialisten und Aktivisten der

israelischen Arbeiterbewegung müssen geduldig erklären, daß nicht die Palästinenser, sondern die Politik der eigenen Regierung und die mögliche Ausweitung des Krieges in der Gesamtheit ihre Existenz bedroht.

Nur durch Einheit der arabischen und israelischen Arbeiter ist es möglich, die Ausbeuter und Kriegstreiber der Region zu stürzen und die imperialistische Einmischung zu beenden. Dann bestünde zum ersten Mal die Chance, in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens in Frieden zusammenzuleben, unter Wahrung der demokratischen Selbstbestimmungsrechte aller Völker. Die Arbeiterbewegung hier kann dazu einen Beitrag leisten, indem sie z.B. jegliche deutsche Unterstützung der arabischen und israelischen Bourgeoisie bekämpft, und Sozialisten wie Mahmoud Masarwa (siehe nebenstehenden Artikel), die sich für die Arbeitereinheit einsetzen, volle Unterstützung gegenüber dem israelischen Staatsapparat gewährt. **Gaelan Kaylart, Aachen**
SPD-Mitglied

Die UNO und Israel

* 457 UNO-Resolutionen seit 1948 zu Palästina/Israel wurden von der israelischen Regierung in den Wind geschlagen.

* 29 UNO-Resolutionen seit 1967, in denen Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten aufgefordert und den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung zugesprochen wird, scheiterten im Sicherheitsrat am Veto der USA.

* 1982 überfiel die israelische Armee den Nachbarstaat Libanon; die Verurteilung dieser Invasion durch die UNO blieb folgenlos.

* 1988 annektierte die israelische Regierung die besetzten Golanhöhen; eine UNO-Resolution zur Verurteilung dieses völkerrechtswidrigen Akts scheiterte am Veto der USA.

* Im Juni 1990 verhinderten die USA durch ihr Veto im Sicherheitsrat die Entsendung einer UN-Beobachtergruppe in die besetzten Gebiete.

Freiheit für Mahmoud Masarwa

In der Nacht vom 17. auf den 18. Juni 1988 wurde der palästinensische Gewerkschafter Mahmoud Masarwa von der israelische Polizei verhaftet. Die ersten 4 Wochen im Gefängnis wurde er schwer misshandelt, Kontakt zu seinem Anwalt wurden ihm verboten und keine Anklagepunkte genannt. Nach monatelanger Isolationshaft wurde er im April 1989 aufgrund einer Anklage auf Terrorismus und Spionage zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Anklage gegen Mahmoud ist frei erfunden. In Wirklichkeit geht es dem israelischen Staatsapparat darum, die demokratische und sozialistische Opposition im Land zu liquidieren. Seit Beginn der Intifada wurden 40.000 Palästinenser verhaftet, vorwiegend in den besetzten Gebieten, aber auch israelische Staatsbürger palästinensischer Herkunft, wie Mahmoud und Mahmoud ist Sozialist und aktives Mitglied des israelischen Gewerkschaftsverbandes Histadrut. Zwischen 1980 und 1985 war er an Streiks in der Textilfabrik Sabrina beteiligt, in der arabische und jüdische Frauen den Großteil der Belegschaft ausmachen. Im Mai 1988 führte er einen Streik von LKW-Fahrern in einer Zementfabrik in der Nähe von Tel Aviv. Nach 5 Tagen hatte die Belegschaft die Bildung einer gewerkschaftlichen Betriebsgruppe durchgesetzt. Als die Betriebsleitung androhte, den Streikführer Mahmoud Masarwa zu entlassen, drohte die Belegschaft mit einem weiteren Streik.

Gemeinsamer Kampf

Mahmoud setzt sich für den gemeinsamen Kampf von arabischen und jüdischen Arbeitern gegen Unterdrückung und Ausbeutung ein. Einige Wochen vor seiner Verhaftung verteilte er bei einer Demonstration in Tel Aviv ein Massensflugblatt, das er mit niemandem davon ließ es: „Friede wird niemals von den Vertretern von Kapitalismus und Imperialismus durchgesetzt... Wirklicher Friede kann nur durch den Kampf der Arbeiterklasse erreicht werden. In Israel/Palästina bedeutet das gemeinsame Kampf der jüdischen und arabischen Arbeiter für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft.“

Als Sozialist hat Mahmoud stets den individuellen Terrorismus abgelehnt. Daß die offizielle Anklage „Terrorismus und Spionage“ jeder Grundlage entbehrt, zeigt sich daran, daß die Anklagepunkte gegen Mahmoud monatelang eingehalten, über seine Verhaftung und sein Verfahren eine Nachrichtensperre verhängt und der ursprünglich von Mahmoud gewünschte Anwalt

sammeln zu leben, unter Wahrung der demokratischen Selbstbestimmungsrechte aller Völker. Die Arbeiterbewegung hier kann dazu einen Beitrag leisten, indem sie z.B. jegliche deutsche Unterstützung der arabischen und israelischen Bourgeoisie bekämpft, und Sozialisten wie Mahmoud Masarwa (siehe nebenstehenden Artikel), die sich für die Arbeitereinheit einsetzen, volle Unterstützung gegenüber dem israelischen Staatsapparat gewährt. **Gaelan Kaylart, Aachen**
SPD-Mitglied

Bringt eine Nahost-Konferenz die Lösung?

In den Diskussionen um mögliche friedliche Lösungen im Nahen Osten stehen vor allem die Vermittlungsmöglichkeiten der UNO und die Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz im Mittelpunkt. Doch wenn man sich die bisherige UNO-Tätigkeit ansieht, dann sind die Ergebnisse gleich Null.

Die UNO ist ein Instrument von Regierungen, beherrscht durch die Vertreter der Industrienationen. Sie versuchen entweder, ihre imperialistische Politik unter dem Deckmantel der UNO durchzusetzen, wie jetzt die USA, oder sie blockieren bzw. ignorieren UNO-Beschlüsse, wie die zahlreichen verhinderten oder fruchtlosen UNO-Resolutionen zum Nahen Osten zeigen.

Auch außerhalb der UNO gab es schon etliche Vermittlungsbernhörungen und Friedenspläne, die jedoch alle an den realen Machtverhältnissen scheiterten. Einzig das Abkommen von Camp David von 1978, das die Rückgabe der von Israel besetzten Sinai-Halbinsel an Ägypten regelte, hatte einen gewissen Bestand. Aber auch nur, weil Israel sich zuvor militärisch durchgesetzt, Ägypten unter Sadat sich wieder mehr dem Westen zugewandt und die Großmacht ein Interesse an der Stabilisierung des Status Quo hatten. Kontinzen und Friedenspläne schreiben nur fest, was sich zuvor an realen Kräfteverhältnissen durchgesetzt hat.

Wer soll verhandeln?

Wer würde bei einer Nahost-Friedenskonferenz am Verhandlungstisch

sitzen? Die Diktatoren der arabischen Regimes und die reaktionäre israelische Regierung. Kann man von ihnen ernsthaft eine Lösung der Probleme im Interesse der Bevölkerung der Region erwarten? Und wer würde „vermittelt“ und im Hintergrund die Drähte ziehen? Die Herrschenden des Westens und vielleicht (je nach Entwicklung) auch die des Ostens. Kann man von ihnen ernsthaft erwarten, daß sie ihre ökonomischen, politischen und strategischen Interessen zurückstellen? Was haben sie überhaupt in einem Teil der Welt mitzureden, in dem sie eigentlich ganz und gar nichts zu suchen haben?

Jede imperialistische Einmischung, sei es im Namen der UNO oder irgendwelcher westlicher „Friedensinitiativen“, muß entschieden zurückgewiesen werden. Denn sie bringen keinen Frieden, sondern legen die Saat für neue Konflikte. Dauerhaften Frieden kann es nur geben, wenn die Völker des Nahen Ostens ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, wenn die zugrundeliegenden Probleme von Armut, Unterentwicklung und Unterdrückung gelöst werden.

Oppositionsbewegungen

Dazu ist ein gemeinsamer Kampf der Arbeiter und unterdrückten Massen zum Sturz der Ausbeuter und Diktatoren nötig. Dies mag vielleicht unrealistisch klingen - und doch ist es der einzigste Weg. Alle anderen Versuche, auf kapitalistischer Grundlage Stabilität und Wohlstand zu erreichen, haben sich als utopisch erwiesen und sind be-

reits gescheitert.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es in der ganzen Region immer wieder Unruhen und Massenbewegungen gegeben, die herrschenden Regierungen und Oppositionsbewegung in Israel (siehe Artikel), die Intifada der Palästinenser, die Revolte der algerischen Jugend 1989, die zu den ersten relativ freien Wahlen in Algerien 1990 führte; der Kampf der Kurden gegen das irakische Regime; die Unruhen in Jordanien, die zur Liberalisierung des Systems und 1989 zur Zulassung mehrerer Parteien führte; die Generalstreiks in Marokko vom Dezember und Januar; sogar in Kuwait gab es 1990 Demonstrationen für die Wiedereröffnung des Parlaments. Dies sind nur einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Und in jedem einzelnen Fall wurden vom westlichen Imperialismus immer die herrschenden Regimes, und nie die Massenbewegungen unterstützt.

Es gibt in der Region Kräfte, die sich für den Kampf um soziale und demokratische Rechte einsetzen. Sie brauchen nicht die „Hilfe“ der Herrschenden der Industrienationen, sondern die Unterstützung der gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen des Westens. Ein erfolgreicher Kampf zum Sturz der Ausbeuter- und Marionetten-

regimes würde die Möglichkeit zur Errichtung einer sozialistischen Föderation von Staaten im Nahen Osten bieten. In diesem Rahmen könnten die nationalen Reichthümer der Region im Interesse der Massen eingesetzt, demokratische Rechte garantiert und Fragen der Grenzziehung, der Autonomie und nationalen Selbstbestimmung friedlich geregelt werden.

96-503, BLZ 370 100 50.

Internationales

Griechenland

Arbeiter gegen Sparpolitik

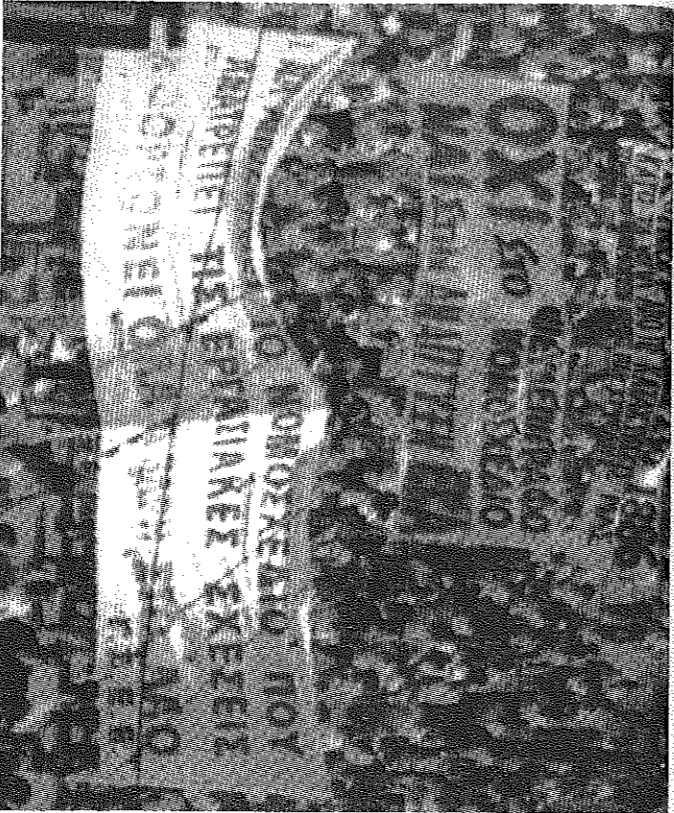
„Stromausfälle, Streiks, Müllberge, ... Chaos in Griechenland.“ So haben die einheimischen Zeitungen in den letzten Monaten die dortige Situation beschrieben. Nicht zu Unrecht. Seit der Regierungsübernahme durch die „Neue Demokratie“ (ND) im vergangenen April befindet sich die griechische Arbeiterbewegung in ständiger Auseinandersetzung mit ihr.

Die griechischen Arbeiter bekommen nach Portugal die niedrigsten Löhne. Obwohl die deutschen oder englischen Arbeiter dreimal mehr Lohn beziehen als ihre griechischen Kollegen, erhalten letztere genauso hohe Steuern. Der kapitalistische Ausverkauf der 80er Jahre ist an Griechenland weitgehend vorbeigegangen. Für den Schuldendienst müssen 60% aller Staatseinnahmen aufgebracht werden. Die Staatsverschuldung macht etwa das Einnehlabfache des Bruttosozialproduktes aus. Nach Schätzungen liegt die Inflationsrate bei über 30%.

Angriffe und Widerstand

Die Unternehmer und ihre ND-Regierung haben zu den bisher größten Angriffen gegen soziale Errungenschaften gelassen. Kernpunkte sind die Realprivatisierung von gewinnbringenden Staatsbetrieben, die Änderung des Sozial- und Rentenversicherungssystems (künftig soll länger und mehr an die Rentenkasse bezahlt werden, bei kleineren Renten), Zerschlagung des staatlichen Bildungssystems, die Abschaffung des 8-Stunden-Tages und der Inflationsanpassung der Löhne.

Das letzte Jahr 1990 ist das Jahr der Kämpfe der Arbeiter gegen die Pläne der ND-Regierung gewesen. Allein in den letzten 13 Monaten hat es 11 Generalstreiks gegeben, davon sind drei



Demonstration gegen die konservative Regierung: 11 Generalstreiks in 13 Monaten.

48stündig gewesen. Ende September ist ein dreiwöchiger Dauerstreik im öffentlichen Dienst beendet worden. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst waren am radikalsten und haben die Kämpfe angeführt. Damit wurde ein vorläufiger Höhepunkt bei den Kämpfen erreicht. Zugleich war diese Streikbewegung die größte und längste in der Geschichte Griechenlands.

PASOK

Die konservative ND-Regierung löste die von der PASOK (Panhellenische Sozialistische Arbeiterbewegung) geführte Regierung unter Andreas Papandreu ab.

Die PASOK wurde nach dem Fall der Militärdiktatur 1974 gegründet und erhielt sofort Massenlauf von Arbeitern und Jugendlichen. Ihr Programm war damals eines der radikalsten aller sozialistischen Parteien Europas (z.B. Verstaatlichung der Großkonzerne, Austritt aus der NATO). 1981 errang die PASOK die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. In der Regierung be-

standes schrumpfte. Doch wegen der Angriffe der Rechte und der ND sowie der wieder zeitweilig hervorgekehrten radikalen Rhetorik Papandreous gab es auch immer wieder Zulauf von neuen Mitgliedern, so daß die Partei mehrfach ein Wechselbad von Aufstieg und Niedergang erlebte.

Druck der Basis

Inzwischen hat sich das innerparteiliche Kräfteverhältnis verändert. Ausschlaggebend dafür sind die Erfahrungen mit der kapitalfreundlichen Politik der PASOK-Regierung in den 80er Jahren und die Verwicklung von Teilen der Parteispitze in Korruptionsskandalen gewesen. Der erneute Zustrom zur Partei im Zusammenhang mit den drei Wahlgängen 1989/90 ging mit einer kritischen Grundstimmung gegenüber der Parteiführung einher. Im Herbst 1989 wurden durch den Druck der Parteibasis frühere Kritiker einschließlich der Marxisten wieder in die Partei aufgenommen. Unter dem Eindruck wachsender Arbeitskämpfe und Druck

durch die Parteibasis fand Ende September 1990 der zweite (!) Parteitag statt. Er wurde noch recht undemokratisch und mehr nach dem Vorbild der US-Parteien durchgeführt. Von den 4000 Delegierten waren 800 ernannt. Doch die kritischen Stimmen waren unüberhörbar. Delegierte erklärten: „Der Sozialismus ist nicht gescheitert, sondern noch nie ausprobiert worden.“ Und sie untertrachen die Resolutionen des Vorstandes mit den Worten: „Der Vorstand hat acht Jahre lang in der Regierung geredet, jetzt ist die Basis dran!“

Die Mehrheit setzte eine Änderung der Statuten durch, nach der jetzt die örtlichen Parteigruppen das Recht haben, Parlamentskandidaten aufzustellen und über Ausschüsse zu entscheiden.



Polizeinsatz gegen Schülerdemos in Athen im Januar. Eine Parole der Demonstranten: „Schickt den Erziehungsminister an den Golf!“

Im Zeichen fortschreitender Polarisierung innerhalb der Gesellschaft und durch den Druck der Parteibasis ist PASOK gegenüber den vorhergehenden Jahren jetzt wieder nach links gegangen. So verurteilte etwa Papandreou die Arbeiter- und gewerkschaftsfreundlichen Gesetze der ND-Regierung, unterstützte in Worten die Streikbewegungen im Land und forderte den Sturz der ND-Regierung. Doch die PASOK-Führung tat nichts, um die Arbeitskämpfe zusammenzufassen, zu steigern und auf eine politische Ebene zu bringen, wie dies der marxistische Flügel gefordert hatte. Insgesamt ist die Partei von den politischen Grundsatzen ihres Gründungsprogrammes ein ganzes Stück entfernt.

Rechtsschwenk der Kommunisten

Im Gegensatz zur PASOK hat sich die moskautreue kommunistische Partei KKE nach rechts entwickelt. Die Krise des Stalinismus in Osteuropa sowie die Unfähigkeit der KKE-Führung, Antworten auf die neuen politischen Fragen zu geben, sind die Hauptgründe dafür. So arbeitete die KKE sogar zeitweise in einer Übergangsregierung mit der ND zusammen und half mit, PASOK von der Regierung zu verdrängen.

Die KKE geführte Linke Allianz (SIN) und die ihr nahestehenden Gewerkschaften haben die jüngste Streikwelle boykottiert. Während die Arbeiter einen 48stündigen Generalstreik hinter sich hatten, forderte die Allianz 24- und dreistündige Generalstreiks. Sie waren nur darauf aus, den „sozialen Frieden“ zwischen Arbeitern und der Regierung zu erhalten. Sowohl SIN als auch PASOK haben damit die Chance verpaßt, die ND-Regierung zu stützen.

Kein Wunder, daß vor diesem Hintergrund die ND bei den Kommunalwahlen im Oktober 1990 Zugewinne erzielen konnte. Sie stellt jetzt 136 Bürgermeister in 359 Kommunen. Vor vier

Jahren hatte sie nur 87 Bürgermeister in 303 Kommunen. Trotz der Wahlpflicht lag die Wahlbeteiligung nur bei ca. 70%. Dies macht deutlich, wie groß die Unzufriedenheit und der Unmut über die Politik der PASOK und SIN bei Teilen der Arbeiter ist. Allerdings ist das Kommunalwahlergebnis auch kein großer Sieg für die ND gewesen. Denn PASOK und SIN haben immer noch in 2/3 der Kommunen die Mehrheit.

Labile politische Lage

Die ND-Regierung ist entschlossen, ihre knallharte Sparpolitik fortzusetzen. Geplant sind der Ausverkauf der „nicht gewinnbringenden“ Staatsbetriebe und die Zerschlagung des gemeinnützigen Sektors. Die damit verbundenen Massenentlassungen wür-

den die Arbeitslosigkeit auf über 10% (offiziell) treiben. Dadurch würde die bereits labile politische Lage weiter angespannt.

Trotz der vorhandenen Enttäuschung bei Teilen der Arbeiter, gibt es andere Schichten, die radikalisiert und kampfbereit sind. Im Dezember haben z.B. die Arbeiter im öffentlichen Dienst erneut einen 48stündigen Generalstreik durchgeführt. Im Januar hat es die dramatischen Schüler- und Studententrostes gegen die Verschlechterung im Bildungsbereich gegeben.

Wir werden noch größere Kämpfe der griechischen Arbeiter gegen das Kapital und seine Regierung erleben, in deren Gefolge jederzeit ein Regierungswechsel möglich ist. Eine erneute PASOK-Regierung wird sich großen Erwartungen, kritischer Beobachtung der Anhänger und einem Erstarken marxistischer Ideen gegenüber sehen. Stavros Petros, Aachen
Jungsozialist und
IG-Metall-Mitglied

Arabische Regimes unter Druck

Offiziell stehen im Golfkrieg nur der Jemen, Sudan, Mauretanien und die PLO auf Seiten Iraks. Doch die Regimes, die Bündnispartner der westlichen „Allianz“ sind, geraten immer mehr unter Druck.

In Algerien gab es Demonstrationen von 500.000. Zwar hatte die fundamentalistische islamische Heilfront FIS dazu aufgerufen. Doch die Demonstrationen waren vor allem Ausdruck des panarabischen Bewußtseins und der Wut gegenüber dem US-, und wegen der algerischen Geschichte auch dem französischen Imperialismus. In der FIS selbst wachsen die Spannungen zwischen dem arabisch-nationalistischen und dem religiösen Flügel, der bislang Saudi-Arabien unterstützte und gegen Bagdad stand, weil das Saddam-Regime sich als laizistisch (weltlich orientiert) verstand.

In Marokko versucht sich König Hassan II. in einer Doppelstrategie. Einerseits verbandete er, sein „Herz ist mit dem Irak“, andererseits wurden alle Kundgebungen verboten. Hassan ist im Bündnis mit der westlichen Allianz zur „Befreiung Kuwails“, obwohl er selbst Mitte der 70er Jahre die Westsahara annektierte und bis heute die dortige Befreiungsfront Polisario bekämpft. Bereits im Dezember 1990 gab es einen umfassenden 24stündigen Generalstreik der Gewerkschaften gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Der Einsatz der Polizei gegen die Streikenden forderte hundert Todeopfer, Streikführer wurden kurzlich zu hohen Haftstrafen

Internationale Notizen

verurteilt.

Demnoch fand Ende Januar ein zweiter Generalstreik zur Unterstützung des Irak statt, an dem sich Millionen Arbeitnehmer beteiligten und der das gesamte öffentliche Leben lahmlegte. Die gewerkschaftliche Opposition, die sich durch den Krieg zunehmend politisiert hat, könnte sich schnell zu einem umfassenden Kampf gegen das Regime der marokkanischen Monarchie entwickeln.

In Libyen marschierten eine Million Menschen durch die Hauptstadt Tripolis. Chaddafi, der diesen Konflikt wohl als eine Möglichkeit zu seiner Rehabilitierung im Westen ansieht und bislang Saddam verurteilt, setzte sich an die Spitze dieser Demonstration, die unter den Slogans „Für ein Ende des Krieges“ und „Für das Selbstbestimmungsrecht der Kuwails“ stand.

In Jordanien, wo 60% der Bevölkerung palästinensischer Herkunft sind, stehen nach Ansicht von Reportern rund 80% der Bevölkerung auf Seiten Iraks. Das Regime König Husseins von Jordanien, das zwischen den Fronten zu lauwerten versucht, könnte über kurz oder lang gestürzt werden. Besonders wenn die israelische Regierung sich aktiv in den Krieg einschaltet, werden die jordanischen Massen wohl kaum noch zu halten sein.

Aus Tunesien werden anti-amerikanische und anti-französische Demonstrationen gemeldet. In Syrien wächst laut Presseberichten die Unzufriedenheit der Bevölkerung über den pro-amerikanischen Kurs des Assad-Regimes.

Internationales

NATO-Geheimtruppe „Gladio“

„Neonazis verteidigen Westliche Demokratie“

Die US-Regierung und das Özal-Regime in der Türkei sind gerade eifrig dabei, durch militärische Provokationen einen NATO-Bündnisfall herbeizuführen. Doch dieses glorreiche Bündnis hat alles andere im Sinn als die Demokratie zu verteidigen. Wie sonst ist es möglich, daß die NATO seit Jahrzehnten eine geheime Untergrundtruppe unterhält, die sich aus Alt- und Neonazisten rekrutiert und offenbar für zahlreiche Anschläge verantwortlich ist?

Eher zufällig entdeckte ein Staatsanwalt in Italien die Existenz dieser streng geheimen, bewaffneten NATO-Untergrundtruppe. Inzwischen wurde in fast allen europäischen NATO-Staaten und einigen sogenannten neutralen Staaten Ableger dieser während des kalten Krieges von CIA initiierten Truppe mit dem Namen „Gladio“ bzw. „Stay behind“ bekannt. „Offizieller“ Auftrag der „Gladiatoren“ sollte im Falle einer sowjetischen Invasion die Nachrichtenbeschaffung im besetzten Gebiet, Sabotage und Kontakte zu eventuellen Exilregierungen sein.

Darum die NATO-Partisanen, durchwegs stramme Antikommunisten, sich nicht bis zum Tag X mit Sandkastenspielen begnügen mußten, konnten sie sich jedoch auch innenpolitisch betätigen. Nach Aussagen von CIA-Agenten und NATO-Offizieren hatten die „Gladiatoren“ in Ländern mit starken sozialistischen und kommunistischen Parteien wie Spanien und Italien die Aufgabe, diese von der Regierung fernzuhalten. Ein europaweit gelender Dreißtufenplan sieht neben der Bereitstellung von Partisanen die Bestechung von hohen Politikern mit CIA-Geldern und das Einschleusen von Einflußagenden in Lobby und Medien vor, um proamerikanische Regierungen zu gewährleisten.

Einsatz gegen Arbeiter und Linke

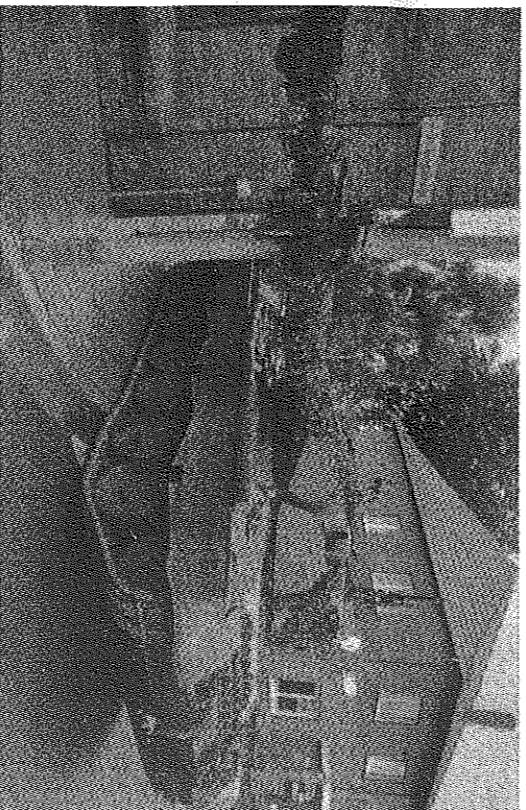
In Italien, wo die Truppe auch Verbindungen zur neofaschistischen Partei MSI und der rechtgerichteten Geheimloge „Propaganda 2“ hat, erklärten nun zahlreiche, bisher ungeklärte Attentate und Putschversuche in neuen

den Kriegsfall die Order, linke Politiker wie den inzwischen verstorbenen Herbert Wehner zu ermorden. Ein besonderer Skandal war die Entdeckung von Gladio-Ablegern auch in den ansonsten streng auf ihre Neutralität bedachten Ländern Schweden und Schweiz. In der Schweiz wurden zudem sogar ausländische „Gladio“-Kämpfer ausgebildet.

Politiker

verweigern Aufklärung
Gemeinsam ist allen Ländern die beharrliche Weigerung der zuständigen Politiker, die Affäre restlos aufzuklären. Trotz Demonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmern in Rom und Hochverratsbeschuldigungen durch die oppositionellen Arbeiterpartei PCI und Democrazia Proletaria stellt sich der italienische christdemokratische Ministerpräsident Cossiga voll hinter „Gladio“ und versucht laufend, Tatsbestände herunterzuspielen. Aufklärungen werden behindert und Beweise verschwinden.

In Deutschland scheiterte ein Antrag der Grünen auf eine Debatte im Bundestagsplenum am Widerstand von



Strassenkampf-Übung mit Leopard-Panzern: „Gladio“ ist für zukünftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen eine reale Gefahr.

**Stimmung im Irak
„Nationale Schizophrenie
gegenüber Saddam“**

Nicht nur die Kriegesegner im Westen verurteilen die Diktatur Saddams Hussein. Auch die irakische Bevölkerung hat die Verbrechen Saddams an eigenen Volk nicht vergessen. Doch der Bombenhagel der imperialistischen Einheiten führt dazu, daß sich die Bevölkerung mehr und mehr hinter Saddam zusammenschließt. So gar irakische Kunden, selbst Opfer von Saddams Giftgaseinsätzen, betrachten jetzt den Kampf gegen die westlichen Kriegstreiber als vorrangig. Die 1968 gegründete „Kurdische Front“, der sieben kurdische Oppositionsgruppen angehören, erklärte zu Beginn des Golfkriegs eine einseitige Feuerpause gegenüber Bagdad. Ihr Führungsmitglied Falakadin Kafai sagte: „Wir sind nicht bereit, im Dienst von Ausländern den Irak zu zerstören und zu besetzen.“

Über die Stimmung im Irak nach Kriegsausbruch berichtete eine Korrespondentin in der Londoner „Financial Times“ am 25.1.91:

„Die Irakis selbst waren vom Bombardement der ersten Nacht erschüttert, aber nicht geschlagen. Ein junger irakischer Soldat sagte mir, er sei wirklich gegen die Einnahme von Kuwait gewesen, aber jetzt sei Kuwait unwicht-

ig geworden. Wir müssen unser Land verteidigen, was immer passiert“, sagte er (...)

Irakis haben einen starken Sinn für geschichtliches Bewußtsein. Ihr Land ist kein junger Staat. Sie können die Vorstellung nicht akzeptieren, daß ihr Staat ausgelöscht werden soll. Dieses Thema kommt auf die ein oder andere Weise in jedem Gespräch auf...

In einem Obstden trat ich einen 11-jährigen Jungen namens Ahmed Abdel Salaam, mit großen Augen und langen Wimpern. An der Wand des Geschäfts hingen die Bilder von zwei selbner Orkel, die im Iran/Irak-Krieg gefallen waren. Ich fragte ihn, ob er Angst vor den Luftangriffen habe. „Wenn die palästinensischen Kinder den Israelis standhalten können, dann können die irakischen Kinder auch den Amerikanern standhalten“, sagte er...

Wann immer man sich mit Irakis eine Stunde lang hinsetzt und über Saddam redet, bekommt man viele Widerprüfche zu hören. Erst mutig, sagen sie, er steht zu seinem Wort. Im Gegensatz zu anderen arabischen Führern. Gleichzeitig sind sie sehr verärgert darüber, daß er alles selbst entscheidet, ohne Konsultation.

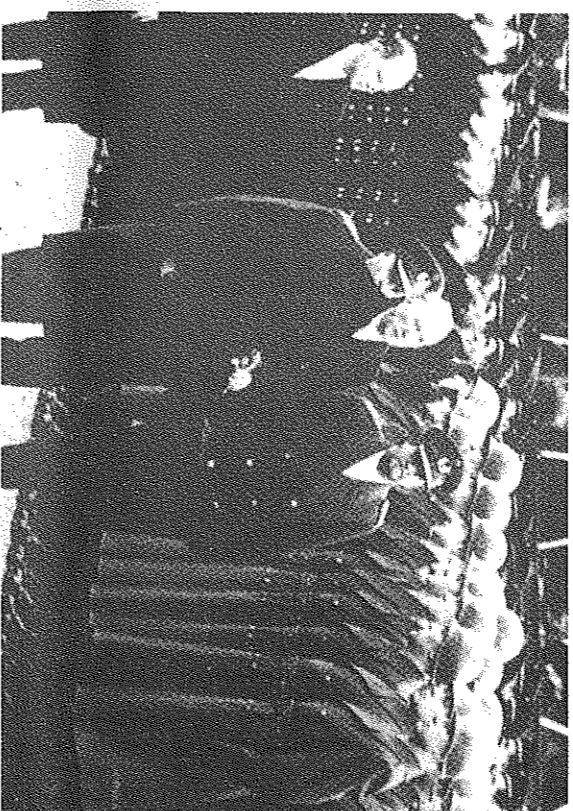
Sie sagen, er hätte nicht in Kuwait fern.“

einnarschieren dürfen. Aber jedesmal, wenn er gegen Israel ausholt, sind sie stolz. Jedesmal, wenn sie von pro-Irak-Demonstrationen in anderen Ländern hören, sind sie sehr stolz. Aber sie sind während über den Mangel an Freiheit und Menschenrechten. Gegenüber Saddam existiert so etwas wie eine nationale Schizophrenie.

Das Volk im Irak will Freiheit. Aber im Augenblick ist der Krieg für sie eine Sache auf Leben und Tod. Nach dem Krieg werden sie mehr verlangen. Junge irakische Männer zum Beispiel sind kritisch gegenüber Saddam. Aber sie sagen auch: „Wir müssen jetzt zusammenstehen.“ (...)

In den Armeenviereh schien das Leben normaler zu verlaufen als in Vorkorten der Mittelklasse. In den Shia-Geblieten des Khaznru-Vierehs sind die Menschen Fatalisten; sie versuchen, so normal wie möglich ihren Geschäften nachzugehen. Beunruhigend ist der jetzt zunehmende Haß auf die Amerikaner. Die Leute drohen, abgeschossene Piloten zu ergreifen und in Stücke zu teilen. Ich hörte, daß ein Pilot gesteinigt worden sein soll, bevor ihn die Polizei wegbringen konnte.

Die Regierung hat an die Bevölkerung appelliert, die Piloten am Leben zu lassen, und - als das wenig Eindruck machte - 30.000 irakische Dinar Belohnung für jeden Piloten ausgesetzt, der den Behörden lebend übergeben wird (...). Überall wo ich in Bagdad herumging, sprach man von Zivildopfern.“



50er Jahre: Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt. Operiert die NATO-Geheimtruppe seitdem in Deutschland?

Britannien und Kuwait Beziehungen besonderer Art

Die britische herrschende Klasse, die ebenfalls Truppen zur „Befreiung Kuwaits“ an den Golf geschickt hat, erwog vor 30 Jahren ihrerseits die militärische Besetzung Kuwaits.

Aufgeschreckt durch die arabische Revolution, die sie hinter der Bewegung Nasser in Ägypten sehen, diskutiere man im britischen Außenministerium Ende der 50er Jahre verschiedene Varianten zur bestmöglichen Beherrschung der Region. Kuwait stand damals unter britischem „Protoktorat“ und die Frage war, ob ein direktes militärisches Eingreifen und die Umwandlung Kuwaits in eine Kron-Kolonie oder die Entlassung in die formelle Unabhängigkeit und die Übergabe an ein Maroniten-Regime günstiger sei.

Dazu führte der damalige Tory-Außenminister Selwyn Lloyd in einer Notiz an den Premierminister Macmillan aus: „Ich glaube nicht, daß die herrschende Familie sich halten kann, wenn wir weiter in der Ölgelbsten bleiben... Die Wirkung auf die internationale öffentliche Meinung und den Rest der arabischen Welt wäre nicht gut. Der Vorteil dieser Aktion (d.h. einer Besetzung - die Red.) wäre, das wir unsere Hand fest auf das kuwaitische Öl legen könnten.“ Für den Außenminister war die andere Variante vorzuziehen, nämlich „eine Art kuwaitische Schweiz, wo die Briten nicht direkte physische Kontrolle ausüben.“ Doch er fügte warnend hinzu: „Wenn diese Alternative akzeptiert wird, müssen wir aber auch die Notwendigkeit akzeptieren, rücksichtslos einzugreifen, falls die Dinge schief laufen.“

Diese Alternative wurde akzeptiert

wirt ein bezeichnendes Licht hier die demokratische Fassade des Staates. Die bürgerlichen Medien, die noch vor kurzem ein großes Aufsehen um eine bewaffnete DKP-Truppe mit Sabotage-Ausbildung machten, tun das Ihrige, um den Gladio-Skandal in Deutschland nicht ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Gerade an die ehemaligen SPD-Regierungschefs Brandt und Schmidt und deren Minister muß nun die Frage gestellt werden, ob sie von der Existenz dieser Geheimtruppe informiert waren, deren Partnerorganisationen im Ausland z.T. brutal gegen die organisierte Arbeiterbewegung vorgehen.

Diese Truppe kann auch in zukünftigen Auseinandersetzungen eine reale Gefahr werden. Gerade SPD und Gewerkschaften dürfen den Gladio-Skandal daher nicht auf sich beruhen lassen, sondern müssen die restlose Aufklärung und Auflösung der Gladio-Selbstbetriebe betreiben.

Nick Brauns, München
Jungsozialist

und getreulich befolgt. 1961 wurde Kuwait in die Unabhängigkeit entlassen und die korrupte Sabah-Familie als verläßliche pro-imperialistische Feudalmonarchie eingesetzt. Mittlerweile sind „die Dinge schiefgelaufen“, und die konservative britische Regierung war zu „rücksichtslosem Eingreifen“ bereit. Die guten Beziehungen zwischen der kuwaitischen Herrscherfamilie und der britischen herrschenden Klasse sind auch jetzt ungebrochen. Bei seinen Gesprächen mit dem exilierten kuwaitischen Premierminister Scheich Saad al-Sabah in Saudi-Arabien Mitte Februar hatte der britische Außenminister Douglas Hurd zehn Firmenvorleiter im Schleppplan und zwei Hochglanzroschuren im Gepäck. Darin war die Rede von dem „begeisterten Engagement der britischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau Kuwaits zu leisten, nämlich der Rolle der britischen Armee bei der Befreiung Kuwaits“.

Offenbar gehen die Firmenvertreter davon aus, daß die „Befreiung“ nur durch die vollständige Vernichtung Kuwaits erreicht wird. Denn viele der in den Broschüren angebotenen Aufbauleistungen beziehen sich auf Infrastruktur und Gebäude, die noch gar nicht zerstört sind. Aber wenn es um ein geschätztes Auftragsvolumen von 60 Mrd. DM geht, muß man schneller sein als die US-Konkurrenz. Laut „Financial Times“ (11.2.) sei die „langjährig unter Hühnweis auf die „langjährig Geschäftbeziehungen“ zwischen Britannien und Kuwait „extrem positiv“ gewesen.

Seite Zehn

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Liebe Zeitungsjente, liebe Friedensfreunde,
 beilegenden Brief bitte ich Sie in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen:
 „Werte Volksvertreter in Regierung und Parlament!“

Ich fordere Sie hiermit unerträglich auf, Ihr Vorhaben, zur Finanzierung des Golfkrieges eine Steuererhöhung oder Sondersteuer zu erheben oder ersatzweise weitere einschneidende Eingriffe in den Sozialhaushalt vorzunehmen, unwiderruflich und endgültig aufzugeben.

Der Golfkrieg geht Deutschland überhaupt nichts an, und das Volk ist in keiner Weise um seine Zustimmung gefragt worden. Die militärische Macht ist dem Irak erst durch bedeutende Lieferungen moderner Waffen unter wesentlicher Beteiligung Deutschlands verliehen worden.

Der UNO-Beschluß beinhaltet nicht zwingend die Eröffnung eines Krieges durch die militärischen Großmächte, der sich in seinen Folgen waffenrechtlich und geographisch zu einem lan-

gen und furchterlichen Weltkrieg auszuweiten droht. Zudem ist der Erfolg dieses Unternehmens wie immer völlig ungewiß und verspricht in keiner Weise die Lösung der Probleme.

Sie sind dazu verpflichtet, das Wohl Ihres Volkes zu sichern. Auch die Waffenlieferungen an den Irak sind durch die Bindung an die Verteidigung Westdeutschlands gegen einen Angriff aus unseren Steuergeldern subventioniert worden - jetzt soll nochmals das Volk einen Krieg finanzieren helfen, den es gar nicht führt. Gleichzeitig fließen weiterhin enorme Gelder in die Rüstung, obwohl die militärische Bedrohung im Osten weitgehend verschwunden ist.

Die politische Öffentlichkeit ist rechtzeitig und umfassend vor diesem unheilvollen Krieg gewarnt und es sind genügend brauchbare Alternativlösungen angeboten worden.

Die deutsche Regierung hat durch Verfassung und Gesetz kein Recht dazu, dem Volk im fremden Auftrag eine

zusätzliche Last aufzubürden, während die öffentlichen Haushalte hoch verschuldet sind, um einen fernem Krieg mit zu bezahlen, dessen Ende und Ausgang völlig ungewiß sind und der dem deutschen Volk neue Feinde schafft.

Auch die Beteiligung deutscher Soldaten an diesem Angriffskrieg, der unbefehlbar in seinem Laufe große Teile der unbeteiligten Zivilbevölkerung in seinen Strudel reißen und gewaltige Zerstörungen anrichten wird und damit ganze Landstriche ins Elend stürzt, wird eindeutig und kompromisslos abgelehnt. Es darf keinerlei Unterstützung dieses verbrochenen Unternehmens geben. Die UNO und die Wehrmacht haben sich öffentlich verpflichtet, solche Konflikte ohne den Einsatz militärischer Mittel zu lösen. Wir wollen keinen Krieg! Jede Intervention gegen den Volkswillen erhöht die innere Unruhe im Lande, wofür Sie die Verantwortung tragen.“

Mit Friedensgrüßen
 Wilfried Neumann, Laasphe



Preis: 1,50 DM

Bestellungen an:
 Redaktion VORAN,
 Hansaring 5, 5000 Köln 1
 Telefon 0221/134504

Anti-Kriegs-Anstecker

Demnächst neu: VORAN-Broschüre
„Krieg und Revolution im arabischen Raum“
 Vorbestellungen an die Redaktion.



Vom 22.-24.März führt die Redaktion ein Seminar zum Thema
„Golfkrieg - Hintergründe und Perspektiven“
 durch. Da die Plätze begrenzt sind, bitten wir um schnelle Anmeldung bei der Redaktion.

ihre da oben

Bomben statt Brot
 Das Haushaltsbüro des US-Kongresses hat Ende Januar eine Planung der Kriegsausgaben vorgelegt, nach der bei einer Kriegsdauer bis Juni die Kosten im laufenden Haushaltsjahr 35 Mrd. Dollar, für die Wiederbeschaffung von Waffen im nächsten Jahr 44,8 Mrd. Dollar betragen würden. Damit wäre dies mit 92 Mrd. Dollar für 6 Monate der bisher teuerste Krieg. Zum Vergleich: Im siebenjährigen Vietnam-Krieg wurden rund 600 Mrd. Dollar ausgegeben.

Langzeitkosten, z.B. für die Versorgung von Kriegsverletzten, die Beschädigung von Umweltschäden, weitere Stationierung von US-Soldaten am Golf, sind in diesen Schätzungen noch nicht enthalten.

Zur selben Zeit gab die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) bekannt, ihr Haushalt für 1991 sei mit 550 Mio. Dollar für die Versorgung von 30 Millionen

Flüchtlingsen auf der Welt gerade so hoch wie die Summe, die der Golfkrieg in einem Tag verschlingt. Und in Washington wurde eine Studie veröffentlicht, nach der von den 60 Millionen Kindern in den USA 20,1% unterhalb der Armutsgrenze leben, von den schwarzen Kindern gar 43,8%!

Reiche Töchter und Witwen

Nach einer Aufstellung der britischen Zeitschrift „Harper's und Queen Magazine“ ist Königin Elisabeth II. die reichste Frau der Welt. Sie konnte im Jahr 1990 ihren persönlichen Reichtum durch „geschickte“ Anlage-Investitionen um 25% vermehren. Der Wert ihrer privaten Schätze wird mit 6,6 Mrd. Pfund (ca. 19 Mrd. DM) angegeben - dabei ist das Vermögen des Königshauses unberücksichtigt.

Auf Platz zwei steht Johanna Quandt, Witwe des BMW-Chefs, mit einem Privatvermögen von 7,8 Mrd. DM. Ihr folgt auf Platz drei Imelda Marcos, Witwe des früheren philippinischen Diktators, mit 4,5 Mrd. Dollar. Nach ihrer Verheiratung aus dem Präsidentenpalast in Manila fand man in ihren Gemächern seinerzeit 3.000 Paar Schuhe.



99% der auf dieser Liste weiblicher Parasiten aufgeführten Frauen sind Töchter oder Witwen reicher Männer. Nur Greta Schickedanz auf Platz neun, Chefin des Quelle-Konzerns, hat ihr Vermögen von 2,7 Mrd. DM durch Ausbeutung der Arbeitnehmer „erarbeitet“.

Blut für Ölgewinne

Mit den Ölpreisstiegen im Herbst und Winter 1990 haben die Ölmultis den Verbrauchern tief in die Tasche gefitteln und dicke Extragewinne eingefahren. Die großen US-Konzerne gaben folgende Profitsteigerungen im letzten Quartal 1990 im Vergleich zum Vorjahresquartal an:

Viertes Quartal in Millionen Dollar	1989	1990
Exxon	485	1550
Mobil	447	651
Amoco	319	538
Texaco	287	388

Damit dies so bleibt, müssen hundertausende Soldaten am Golf ihr Leben riskieren.

Wir hier unten

Dafür kämpft VORAN

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbau, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Ahn und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Familienplanung; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West; Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Startebenen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Kampffonds

Unterstützt die Anti-Kriegskampagne

Das Jahr 1990 war ein schwieriges Jahr für Sozialisten. Dennoch haben unsere Leser und Unterstützer mit Spenden und Sammlungen für den Kampffonds bewiesen, daß die Ideen von VORAN Rückhalt finden. Für das Jahr 1990 sind insgesamt 89.930,17 DM gesammelt worden. Obwohl wir z.B. eine höhere Miete bezahlen mußten, konnten wir so nicht nur unsere laufenden Ausgaben finanzieren, sondern auch einige Anschaffungen tätigen, wie: einen Anrufbeantworter, einen Laserdrucker, einen schnellen Computer und Software. Während die Bundesregierung mal so eben bisher ca. 15,6 Mrd. DM für die Kriegsmaschinerie locker macht, Bundeswehrsoldaten in die Türkei und Kriegsschiffe in das Mittelmeer schickt, scheint auch bei der SPD Bundestagsfraktion und den Grünen Hesses Teilnahme am Krieg diskutabel, solange sie nur unter dem Stichwort „Verteidigung Israels“ läuft.

Um Jugendlichen, Arbeitern und Angestellten die wahren Kriegsziele zu erklären und eine breite Kampagne gegen die Kriegsteilnahme zu organisieren, müssen wir Broschüren drucken, viel telefonieren und geben die Zeitung zur Zeit alle zwei Wochen heraus. Das alles kostet viel Geld.

Schon im Januar konnten wir einige Erfolge erzielen. Die Broschüre „Kein Blut für Öl“ zum Hintergrund der Golfkrise ist ausverkauft, die Zeitung Nr. 126 wurde ausverkauft, von dem Fallblatt zu Kriegsausbruch wurden Tausende abgesetzt.

Auf den Demos am 26.1.91 haben VORAN-Unterstützer mindestens 850 Zeitungen verkauft. Besonders auch durch unseren Butten. „Kein Blut für Öl“ konnten fast 5500,- DM für den Kampffonds gesammelt werden. Gerade jetzt, wo die spontane Anti-Kriegsbewegung an Schwung verloren hat, ist es wichtig, sich nicht nur auf Sammlun-

gen bei Demonstrationen und Veranstaltungen zu verlassen, sondern gerade auch nach Spenden zur Unterstützung unserer Anti-Kriegskampagne fragen. So spendete Wolfgang, Betriebsratsvorsitzender eines Metallbetriebs Aachen 15,- DM zugunsten des Kampffonds.

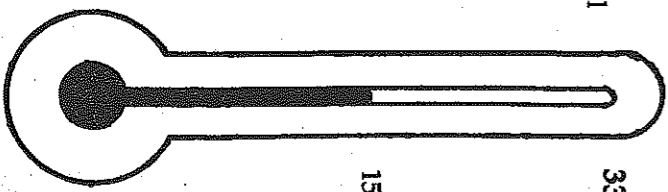
Um unsere erhöhten Ausgaben Ende März zu decken, müssen wir ersten Quartal rund 33.000,- DM sammeln. Bis Mitte Februar sind 15.677,- DM in der Redaktion eingetroffen. Damit haben wir schon fast die Hälfte gesammelt!

Geert Möbius, Köln, Jungsozialist

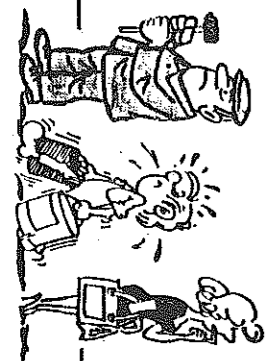
Ziel
 1. Quartal
 Januar
 Februar
 März

33.000,-

15.677,-



Stand: 14.2.1991
 Spendenkonto:
 VORAN, Postgromant Essen
 BLZ 360 100 43
 Kto.-Nr. 2500 59-430



Aus Betrieb und Gewerkschaft

Kindertagesstätten

„9 Minuten Zeit pro Kind“

Zu wenig Kita-Plätze, schlechte Arbeitsbedingungen und miese Bezahlung für Erzieher(innen) – das ist die Situation der öffentlichen Kinderbetreuung in der BRD. In den derzeit laufenden Tarifverhandlungen fordert die ÖTV eine höhere Eingruppierung, bessere Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten. Parallel dazu sollen durch politischen Druck auf die Landesregierungen verbesserte Arbeitsbedingungen erreicht werden. **VORAN-Mitarbeiterin Fizz Garvie sprach mit drei Erzieherinnen einer Kölner Tagesstätte.**

VORAN: In was für einer Einrichtung arbeiten Sie?

B: Wir sind eine städtische Einrichtung mit fünf Gruppen, drei Kindertagesstättengruppen und zwei Hortgruppen. Wir sind z.Zt. zwölf Leute Personal. Dann haben wir eine Paragraf-4-Kraft, die zusätzlich als Vertretung fungiert.

VORAN: ... eine sogenannte Springkraft?

A: Ich sitze auf einer Stelle, für die erstmal keine Erzieherin gefunden worden ist, d.h., ich muß eine Gruppenleiterin in einer anderen Einrichtung ersetzen. Die können morgens anrufen und sagen, da und da fehlt eine Erzie-

herin, die Paragraf-4-Kraft muß sofort in die und die Einrichtung.

B: Es ist mir passiert, daß ich morgens ins Büro zitiert werde und in eine andere Einrichtung fahren muß, wo es nur eine Kinderpflegerin gibt, die aber nicht alleine bleiben darf – ich kenne die Einrichtung nicht, kenne kein Kind. Ich weiß nichts, aber ich habe die volle Verantwortung.

A: Von der Stadt wird ganz offen zugegeben, daß wir ein Loch mit dem anderen stopfen müssen.

VORAN: Wie ist es mit den Öffnungszeiten, müßig Ihr da Schichtarbeit leisten?

A: Wir sind von 7.30 bis 17 Uhr geöffnet. Mir der 38,5-Stunden-Woche ist

das gar nicht machbar. Das bedeutet für die Kinder, die 9,5 Stunden da sind, daß sie womöglich durch drei oder vier Gruppen am Tag wandern, was für die Kinder auch denkbar schlecht ist.

VORAN: Wie groß sind die Gruppen?

A: Im Hort sowie im Kindertagesstättenbereich sind es 20, aber es gibt eine Überbelegungsrate von zwei Kindern, d.h., es können 22, 23 Kinder in einer Gruppe sein. In den Kindergartengruppen ist es noch extremer, weil sie offiziell 25 Kinder haben dürfen. Da wird aber auch soviel getauschelt – ich habe z.B. in der Einrichtung mit einer Kindergartengruppe mit 28 Kindern angefangen!

B: Man kann davon ausgehen, daß immer eine diese 20 hat. Die Arbeitszeitverkürzung ist zwar für uns sehr positiv, aber mehr Personal wurde nicht eingestellt.

C: Dann gibt's noch die Vorbereitungszeiten, man kann ja Pädagogik nicht aus dem Ärmel schütteln. Es gibt Vorbereitungsarbeiten, die ich nicht mit den Kindern machen kann.

A: ... Man kann also generell sagen, ab 2 Uhr nachmittags ist eine Kraft in der Gruppe mit den Kindern allein, weil andere Vorbereitungszeit haben oder früher nach Hause gehen dürfen, um die Wochenarbeitszeit auszugleichen. Man hat also bis 4 Uhr 13 Kinder in der Gruppe, das kann man alleine überhaupt nicht schaffen, das geht ganz klar auf Kosten des Kindes.

C: Dann kommt noch der Urlaub, die Fortbildung, Krankheitsfälle usw. hinzu. Das sind dann Zeiten, wo wir noch weniger Personal haben.

B: Eine Kinderpflegerin darf laut Aufsichtspflicht nicht in der Gruppe alleine sein, ist sie aber in der Regel bei Urlaub, Krankheit oder Fortbildung.

A: Die Lösung wäre also grundsätzlich zwei Erzieher für die pädagogische Arbeit pro Gruppe. Die Probleme werden nicht weniger, und die Kinder bringen ihre Probleme von Zuhause mit, und das kann eine alleine nicht mehr auffangen.

VORAN: Wie viel Zeit bleibt Euch eigentlich für die pädagogische Betreuung der Kinder?

B: Damit verhindern die meisten: Tragezeit, sicheren Arbeitsplatz, Privilegien, keine Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung. Doch wie sieht es wirklich aus? Beamtinnen sind sehr wertvoll für den Staat. Er hat großes Interesse daran, die Beschäftigten ins Beamtentverhältnis zu locken, unter Umständen sogar durch die Drohung mit Arbeitsplatzverlust.

D: Der wichtigste Grund dafür ist der, daß Beamtinnen weder Streikrecht noch sonstige tarifvertraglichen Rechte haben. Beamtinnen sollen „treue“ Diener des Staates sein, nach dem Motto: „Unsere Minister und Regierung wissen schon, was gut für uns ist.“ Sie entscheiden per Gesetz über unsere Gehälter und Arbeitsbedingungen. Mitbestimmung ist dabei ein Fremdwort.

Nachteile

Bisher wurde es zwar so gehandelt, daß die in den Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte ausgehandelten Ergebnisse auch für die Beamtinnen übernommen wurden. Dies muß nicht immer so bleiben. Schließlich entscheiden die Regierungen von Bund und Ländern darüber, die in Anbetracht der hohen Staatsverschuldung leicht versucht sein könnten, den Beamtinnen als erstes in die Tasche zu greifen.

Viele Kollegen haben kein Interesse

B: Wir spülen Geschirr, wir machen das Essen, wir legen Wert auf einen Saft, der muß aber gemacht werden, die Küche putzt sich nicht von alleine, Schränke auswaschen. Dann gibt's ein Telefon, das ewig läutet, da steht eine Mutter in der Tür ... Das ist alles Bestandteil unserer Arbeit. Ich weiß nicht, wieviel Zeit da für die Kinder bleibt ...

C: ... Wir haben gerade mal durchgerechnet: neun Minuten Zeit pro Kind am Tag!

VORAN: Warum ergreift denn jemand diesen Beruf überhaupt noch – unter den jetzigen Bedingungen?

A: Diese schlechte Bezahlung. Du stehst im Grunde genommen da wie früher die Nonnen, die in den Kindergartentkindern ihre Ersatzfamilie sahen. Du bist als Frau im Konflikt – du würdest vielleicht selbst gern eine Familie haben, aber im Endeffekt kannst Du es bei diesem Gehalt nicht.

C: Es sind die ganzen Rahmenbedingungen – die Bezahlung, die Zeit, die Masse der Kinder. Aber was mich auch frustriert, ist das Image der Kaffeehändler, zigarettenrauchenden Spielbankanten.

B: Ich komme mir manchmal vor wie



Erzieher(innen)-Alltag: Essen machen, Geschirr spülen, putzen – weil oft hauswirtschaftliches Personal fehlt.

A: Eine ganze Menge Idealismus gehört dazu ...

B: Für mich ist es nach wie vor die Tatsache, daß es mit Spaß macht, mit Kindern zu arbeiten und leben.

VORAN: Und was frustiert Euch an dem Beruf?

C: Die neun Minuten pro Kind!

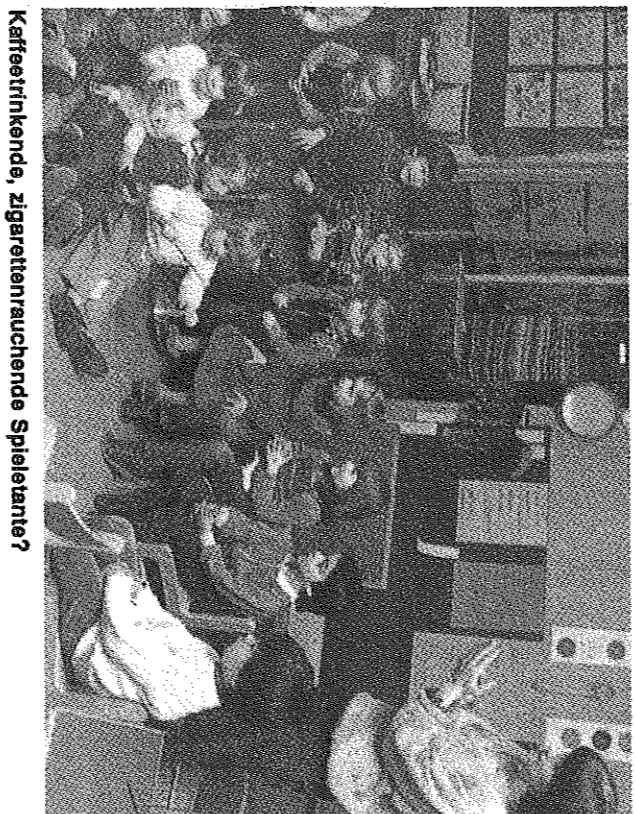
es zumindest Warnstreiks geben wird. Wenn unsere Gewerkschaftsspitze es ernst mit der Forderung meint, werden eher noch größere Streiks notwendig sein. Dann wird die Frage des Einsatzes von Beamtinnen als Streikbrecher wieder aufkommen. Nicht nur, daß Beamtinnen streiken dürfen, sie sollen sogar dafür herhalten, die Kampfkraft ihrer Kollegen zu untergraben.

Verbeamtung schwächt Kampfkraft

Natürlich kann man versuchen, durch Bummelstreiks oder „Dienst nach Vorschrift“ die Streikfähigkeit zu erhalten. Doch was ist schon ein Streik, den niemand bemerkt? Deshalb ist das Streikrecht für Beamtinnen nötig. Es ist aber utopisch zu glauben, daß der Bundestag eines Tages von sich aus, d.h. ohne massiven Druck der Beschäftigten, ein Streikrecht für Beamtinnen beschließt. Das Streikrecht für Beamtinnen muß erkämpft werden. Auch den Arbeitern ist es nicht geschenkt worden.

Die Gewerkschaftsspitze darf nicht länger warten, dieses Recht durchzusetzen. Denn die Verbeamtungspolitik schwächt immer mehr die gewerkschaftliche Kampfkraft. Deshalb: Streikrecht für alle, auch für Beamtinnen!

Eliane Peters, Aachen
Juso und DPG-Mitglied



Kaffeetrinkende, zigarettenrauchende Spielbankanten?

Arbeitsplatzabbau bei Peguform düstere Zukunft?

Die Peguform GmbH gehört bis jetzt noch zu den größten Arbeitgebern in der Region Freiburg. Doch wurden im letzten Jahr 200 der 1200 Arbeitsplätze abgebaut. Als Hersteller von Kunststoffstangen und kleineren Plastikteilen für Autos ist die Peguform von ihren Kunden in der Automobilindustrie abhängig.

Die Autobauer im europäischen Ausland haben aber zunehmend mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen und einige haben sogar Kurzarbeit, wie das Volvo-Motorenwerk in den Niederlanden. Auch die inländische Automobilindustrie rechnet mit einem deutlichen Produktionsrückgang im zweiten Halbjahr 1991, was wiederum weniger Aufträge für die Peguform bedeutet.

In den letzten Wochen wurde nun deutlich, daß in Bötzingen nur noch Ausbaumodelle hergestellt werden, während die zukunftsreicheren Produkte in den Werken Oldenburg, Göttingen und Neustadt gefertigt werden.

Erst vor kurzem wurde die modernste Spritzgussmaschine von Bötzingen nach Göttingen geschafft, im Austausch für eine alte Maschine. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Betriebsratsvorsitzende Arnan von einer düsteren Zukunft für das Werk Bötzingen spricht und darauf verweist, daß die Klöckner AG als Besitzer der Peguform in der Vergangenheit immer sofort Arbeitsplätze abgebaut und Werke geschlossen hat, wenn sie nicht mehr genug Profit abwarfen.

Hinzu kommt noch das Mismanagement an der Konzernspitze. So wurde

Tarifrunde im öffentlichen Dienst Streikrecht für Beamte!

an einer Verbeamtung, denn dies bedeutet oft weniger Lohn als dem Kollegen im Arbeiterverhältnis. Zudem gibt es noch eine Reihe von Nachteilen, die sich aus den besonderen Pflichten des Beamtentums ergeben. Zum Beispiel ist der Beamte zur Not verpflichtet, Überstunden zu leisten – aber nicht gegen Entgelt, sondern bis zu einer bestimmten Stundenzahl umsonst. Weiterhin gibt es den Radkalenerlaß, der schon mehrmals genutzt wurde, um aktive Kollegen aus der DKP zu entlassen, und dies trotz der Unkündbarkeit von Beamten.

1991 gibt es nach dreijährigem mageren Tarifabschluß wieder Tarifverhandlungen. Die Forderung lautet: 10% mehr Gehalt und Lohn sowie eine Laufzeit von zwölf Monaten. Diese Forderung ist mehr als gerechtfertigt. Die letzten drei Jahre waren für die Unternehmerräte Gewinnjahre, aber für unsere Jahre der Lohnpolitischen Entlassens.

Mit dieser CDU/CSU/FDP-Regierung wird die Durchsetzung unserer Forderungen wohl keine leichte Sache sein. Deshalb müssen die Vertreter aus dem SPD-regierten Bundesländer, die als Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen sitzen, voll auf der Seite der Gewerkschaften stehen.

Sicherlich ist davon auszugehen, daß

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 128 - Februar/März 1991

80 Pfg. - Solidaritätspreis 2 - DM

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Gebühr bezahlt Postamt Köln 1, Postvertriebsstück G 10321 E

Israel/Palästina	Seite 6
Nahost-Friedenskonferenz	Seite 7
Fragen zum Golfkrieg	Seite 3
NATO-Geheimtruppe „Gladio“	Seite 9
Antikriegsbewegung	Seite 4

Kriegsdienstverweigerung

Soldaten sagen Nein zum Golfkrieg

„Ich stehe der Bundeswehr für den Krieg am Golf und anderswo nicht mehr zur Verfügung. Hiermit beantrage ich die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer.“ Mit dieser Erklärung kündigten am 2. Februar in Bremen 300 Soldaten und Reservisten ihren Bundeswehrdienst. Und sie sind nicht die einzigen. Im Januar waren es 22.197, davon 9256 Reservisten. Das sind in einem Monat mehr als 1990 in einem ganzen Quartal.

Das ist eine Ermüdung für die Antikriegsbewegung und ein verdienter Schlag ins Gesicht der Kriegstreiber. Kriegsminister Stoltenberg und die Oberkommandierenden der Bundeswehr wurden angesichts der sinkenden Kampfmoral ihrer „starken Truppe“ sichtlich ungelassen.

Es ist nur allzu berechtigt, wenn die Soldaten schon vor einem möglichen Einsatz kriegsunfähig sind. Dieser Krieg

gen der Rüstungsfirmen einmarschieren, die den Irak aufgerüstet haben. Nicht die Soldaten, die Befehle verweigern, gehören in den Bau, sondern die Kriegsgewinnler und ihre Helfershelfer im Staatsapparat, die ihre dreckigen Geschäfte gedeckt haben.

Türkische

Diktatur verteidigen?

Stoltenberg hat seinen NATO-Freund Özal besucht. Hat er das türkische Volk gefragt, was es von seinem Diktator und von der türkischen Kriegsbeteiligung hält? Welchen Grund sollte es für einen Bundeswehr-Soldaten geben, die Özal-Diktatur zu verteidigen? Wenn Stoltenberg den Zeitoldaten vorwirft, sie würden ihr Gewis-

Keine Berufsarmee!

fetzt soll mit der Rolle Deutschlands als neue Weltmacht ernst gemacht werden - auch militärisch im Krieg am Golf. Und prompt flammt eine Diskussion auf, ob eine Wehrpflichtigenarmee überhaupt „kriegsfähig“ sei. „Wir können die Wehrpflicht in der gegenwärtigen Form nicht mehr lange aufrechterhalten. Wir brauchen eine Armee von hochprofessionellen Freiwilligen“, so die Meinung des Direktors des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Professor Fleckenstein.

Bereits heute besteht die Bundeswehr zu einem großen Teil aus Berufsoldaten. Eine reine Berufsarmee wäre politisch zuverlässiger für die Herrschenden als eine Armee, die sich zum großen Teil aus Wehrpflichtigen stützt. Wer freiwillig Soldat wird, ist im allgemeinen zuverlässiger und loyaler gegenüber der Führung als ein dienstverpflichteter Soldat. Eine reine Berufsarmee könnte deshalb leichter in Kriegen gegen die Völker der „3. Welt“ eingesetzt werden und eher eine Bedrohung für die Arbeiterbewegung und ihre demokratischen Rechte darstellen.

Wenn reaktionäre politische Kräfte in Armee oder Politik die Bundeswehr zum Beispiel gegen streikende Arbeiter einsetzen oder einen Militä-

putsch durchführen wollen, wäre es ein großer Vorteil, daß die Armee zum Großteil aus Arbeiterjugendlichen besteht, die nur für 12 Monate von ihren Kollegen, Familien und Freunden getrennt und nicht so stark beeinflusst sind wie freiwillige Zeitsoldaten. Die Armee oder zumindest große Teile könnten leichter auf die Seite der Arbeiterbewegung gezogen werden - zur Verteidigung gegen sozialen Angriffe auf unsere demokratischen Rechte.

Dennoch ist die Bundeswehr keine Armee im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Die Rekruten haben den Interessen der Unternehmer zu dienen. Das fängt damit an, daß Demokrate in den Kasernen ein Fremdwort ist. An jedes Kasernenort gehört ein Schild. „Hier verlassen sie den demokratischen Sektor der BRD.“ Schikane und Bevormundung sind wie schon im Kaiserreich und unter Hitler zu willfährigen Befehlsmäßigem zu machen. Auch die Traditionspflege der Bundeswehr ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Viele Kasernen sind nach alten Militaristen, reaktionären Offizieren und Nazis benannt. Allen sieben Kasernen sind nach dem Generalfeldmarschall im 1. Weltkrieg und späteren Reichspräsidenten Hindenburg benannt, der die Na-

zi-Diktatur förderte und Hitler 1933 als Reichskanzler einsetzte.

Pläne zum Kampf gegen den „inneren Feind“ liegen zumindet in den Schulblättern von Militär- und Polizeiführung bereit (siehe „Gladio“-Artikel S. 9). Während in der BRD 1984 Drucker und Metaller für die 35-Stundenwoche streikten, zog der Bundesgrenzschutz mit 1612 Mann und schweren Waffen ins Manöver und probe den Bürgerkrieg gegen die Gewerkschaften.

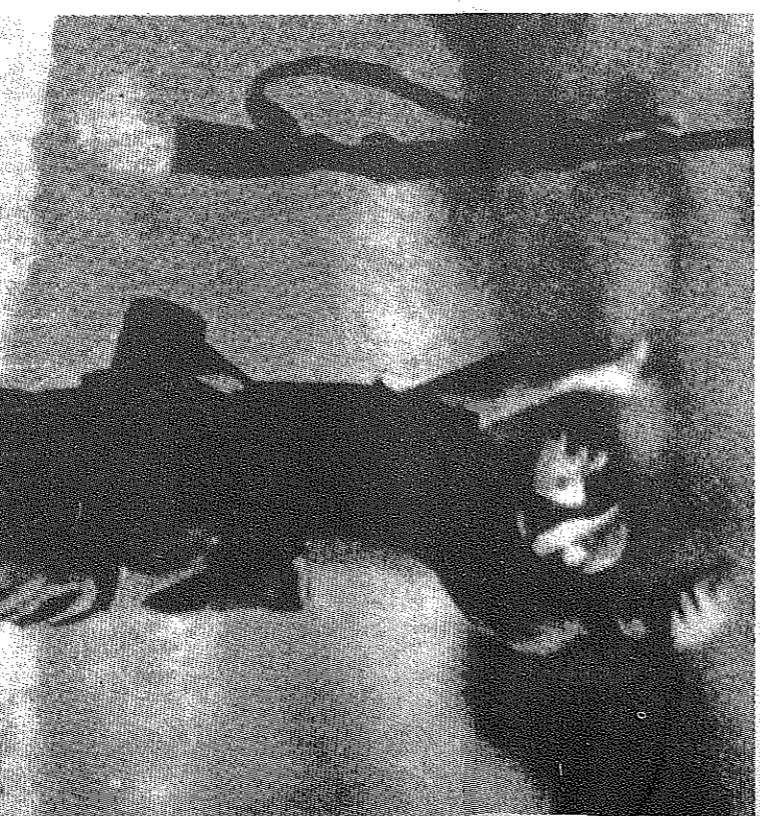
Die Antikriegsbewegung, die SPD und die Gewerkschaften müssen verhindern, daß die Armee zu imperialistischen Kriegen gegen Völker in der „3. Welt“ oder zu Angriffen auf die Rechte der Lohnabhängigen in der BRD eingesetzt werden kann. Dazu gehört auch der Kampf gegen den Aufbau einer Berufsarmee durch Abschaffung der Wehrpflicht.

Es ist noch nicht absehbar, ob und wann die herrschende Klasse ernsthaft versucht, auf diesem Wege die Bundeswehr für ihre Zwecke leichter einsetzbar zu machen. In jedem Fall ist eine Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisierung der Soldaten und die Durchsetzung weitgehender demokratischer Rechte in der Armee nötig. Diese müssen das Streikrecht und das Recht auf Wahl und Abwahl der Offiziere einschließen.

Überzeugungsarbeit

auf die Kreiswehersatzämter:
Jeder Kriegsdienstverweigerer muss sich aber im Klaren darüber sein, daß Kriegsdienstverweigerung kein Mittel ist, um einen Bundeswehreinsetz zu verhindern, geschweige denn, den Krieg zu stoppen. Erstens unterstützen Zivildienstleistende genauso wie Wehrpflichtige der Bundeswehr und können zu kriegsunterstützenden zivilen Maßnahmen eingesetzt werden. Zweitens gibt es noch immer Soldaten/Zeitsoldaten und Wehrpflichtige, die bereit sind, in den Krieg zu ziehen. Es geht darum, auch sie zu überzeugen, sich nicht für diesen imperialistischen Krieg mitzubrauchen zu lassen.

Um den Bundeswehreinsetz zu verhindern, ist der Aufbau einer Opposition zum imperialistischen Krieg in der Bevölkerung, aber auch in der Armee selbst nötig. Geduldige Überzeugungsarbeit gegen den Druck der Argumente von Offizieren und Politikern muß unter den Soldaten betrieben werden. Wer andere kann dies leisten als die Soldaten, die heute schon politisch bewußt und gegen den Krieg eingestellt sind?



Drittens muß damit gerechnet werden, daß der Staat auf die wachsende Zahl der Kriegsdienstverweigerer mit der Einschänkung des Rechtes auf Verweigerung reagiert, was entschädnen bekämpft werden muß.

Alle Kriegsdienstverweigerer sollen aktiv daran mitarbeiten, eine starke Antikriegsbewegung aufzubauen. Zivildienstleistende sollen über ihre Dienststellen in die ÖTV wirken. Reservisten sollen über ihre Gewerkschaften aktiv werden gegen den Golfkrieg und für die Entlegung der Rüstungskonzerne. Die Antikriegsbewegung wiederum sollte Kontakt zu Kriegsdienstverweigerern aufnehmen, z.B. Verweigerer als Redner zu Versammlungen und Kundgebungen einladen.
UlF Petersen, Köln, Jungsozialist

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____
Anschrift _____
Telefon _____



Ich möchte
VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle _____ Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1